

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einseitige Hauptzeile...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293

Mittwoch, den 10. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dickschlo-Genossenschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Gewalt vor Recht!

Der gestrige Tag hat, wie wir bereits in der Abendausgabe...

Während die letzten militärischen Vorbereitungen...

Poincarés Weisungen an die Presse.

Paris, 9. Januar. (WZ.) Das Syndikat der Pariser Presse...

„Populaire“ weist darauf hin, daß die nationalistische Presse...

Frankfurt a. M., 9. Januar. (WZ.) Wie die „Frankf. Ztg.“...

Essen, 9. Januar. (WZ.) Zu den französischen Truppenbewegungen...

bis gegen Abend 40 entladen. Morgen sollen weitere 24 Züge...

Duisburg, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Hier haben die französischen Behörden...

Essen, 9. Januar. (WZ.) Düsseldorf gleicht einem großen Heerlager.

(Siehe auch dritte Seite.)

Aufruf des Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert hat an die Bevölkerung des von der neuen Besetzung bedrohten Gebiets folgenden Aufruf gerichtet...

Mitbürger!

Gestützt auf militärische Gewalt schickt sich fremde Willkür an, erneut das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verletzen...

Der Vertrag von Versailles sollte den Völkern den ersehnten Frieden bringen. Was hier geschieht, ist aber Fortsetzung des Unrechts...

Nun soll Ihr für das ganze deutsche Vaterland das harte Los der Fremdherrschaft erdulden; hart aus in duldender Treue...

Haltet alle Zeit hoch die deutsche Einheit und unser gutes Recht!

Berlin, 9. Januar 1923.

Der Reichspräsident.

Ebert.

Der Reichskanzler.

Cuno.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun wird bei der heutigen Eröffnung des Landtags...

Zum Kapitel: „Einheitsfront“.

Gemeinsames und Trennendes.

Im Erfurter Programm, mit dem die heute lebende Generation unserer Partei groß geworden ist...

Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung...

Der Sinn dieser Erklärung war bis zum Kriegsausbruch für uns alle klar. Die Arbeiterklasse war im kaiserlichen Deutschland ausgebeutet...

Seit die Absichten der Gegner im Weltkrieg klar geworden waren, besonders aber seit dem Verlust dieses Krieges...

Aus dieser Erkenntnis hat die deutsche Sozialdemokratie die Schlussfolgerung gezogen...

Auf einem internationalen Kongreß begeisterte sich Jean Daurès für die Gewandtheit, mit der sich der alte Wilhelm Liebknecht der deutschen, der französischen...

In diesem Sinne können wir die Erklärung des Reichskanzlers Dr. Cuno unterschreiben...

Es sind Unterschiede nicht nur des Prinzips, sondern auch der Methode. Die deutsche Arbeiterklasse ist im Gegensatz zu der vordem führenden Schicht Deutschlands keine Klasse...

liche Ausbeutung, sondern auch gegen politische Unterdrückung führen müssen. Sie hat oft erfahren, daß Gewalt vor Recht geht, sie hat jahrzehntelang offenes Unrecht knirschend ertragen müssen. Und sie hat in dieser langen Prüfungszeit gelernt, daß echter Radikalismus sich nicht in donnernden Redensarten und in Gewalttaten der Bergweilung entläßt, sie hat im Kampfe des Rechts gegen die Gewalt ihre Methoden verfeinert.

Darum — so wenig sie daran denkt, sich dem Unrecht zu beugen, das der brutale Imperialismus Frankreichs am wehrlosen deutschen Volke begeht, so wenig wird sie sich von leeren Kraftphrasen berauschen lassen und nationalitätlichen Desperados die Führung anvertrauen. Sie fühlt sich vielmehr berufen, nach ihren Prinzipien und Methoden den Kampf um die Gleichberechtigung des deutschen Volkes im Rat der Völker auszufechten. Sie, die Arbeiterklasse im weitesten Sinne des Wortes, Kopf- und Handarbeiter vereint, kann ja gar nicht antinational sein, ist sie doch, recht verstanden, die Nation selbst. Daß das deutsche Volk den notwendigen Kampf um sein Recht mit unbeugsamer Entschlossenheit, aber auch mit Würde, Klugheit und Umsicht und damit auch mit Aussicht auf nahen Erfolg führe, dafür zu wirken, muß jetzt ihre Aufgabe sein.

Fechenbach und Reichsjustizminister.

Als sich der Reichsjustizminister nach München begab, um dort mit den süddeutschen Justizverwaltungen über die Zusammenlegung des süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof zu verhandeln, nahm man vielfach an, der oberste Hüter des Rechts in Deutschland werde sich bei dieser Gelegenheit auch um die drei Opfer des Fechenbach-Prozesses kümmern, die nach der Ueberzeugung aller sachverständigen Kenner jener Gerichtsverhandlung Opfer eines schändlichen Justizmordes geworden sind. Nun hat sich Herr Dr. Heinze zu einem Mitarbeiter der „Zeit“ über seine Münchener Reise geäußert, aber was er sagte, weckt nicht die Hoffnung, daß eine amtliche Aktion zur Befreiung der unschuldig ins Zuchthaus gesperrten in Aussicht stehen könnte. Der Reichsjustizminister beschränkte sich darauf, das Folgende zu erklären:

Wir haben dabei in erster Linie diejenigen Fragen durchgesprochen, die sich auf die Neuorganisation der Strafgerichte beziehen. Diese Fragen umfassen auch die Einrichtung der Volksgerichte, und es kann versichert werden, daß auch in diesem Punkte zwischen der bayerischen Justizverwaltung und der Reichsjustizverwaltung keine Schwierigkeiten bestehen. Einen besonderen Raum nahm in den Besprechungen die Ueberlastung des Reichsgerichtes ein, die namentlich auf dem Gebiet der Spionageprozesse, der Landesverratsprozesse und der sogenannten Kriegsverbrecher-Prozesse zutage tritt. Sie hat beratig überhand genommen, daß durch die erstinstanzliche Behandlung dieser Sachen bei dem Reichsgericht die Revisionsrechtssprechung der Strafsenate geradezu gefährdet ist. Es müssen also Maßnahmen getroffen werden, um dem Reichsgericht für seine Revisionsstätigkeit wieder mehr Spielraum zu geben. Es muß mit anderen Worten von der erstinstanzlichen Rechtsprechung entlastet werden. Ich belege mich zu diesem Zweck am kommenden Freitag nach Leipzig, um darüber mit den Vorsitzenden der Senate Verhandlungen zu führen. Die Notwendigkeit, hier eine Änderung zu treffen, weist ein bezeichnendes Licht auf die bedauerliche Tatsache, daß die Spionage- und Landesverratsprozesse in einer geradezu erschreckenden Weise überhand nehmen.

Hier wird um das, worauf es ankommt, mit unübertrefflicher Diplomatie herumeredet. Worauf es ankommt, das ist die Beseitigung der bayerischen „Volksgerichte“ und die Nachprüfung der von ihnen gefällten Urteile durch das Reichsgericht. Der Reichsjustizminister irrt, wenn er glaubt, der Fall Fechenbach könnte mit seinen Opfern hinter Zuchthausmauern begraben bleiben. Die bedauerlichen Verhandlungen im Reichstag werden der breitesten Öffentlichkeit Gelegenheit geben, in bisher dunkle Hintergründe dieses Pro-

zesses Einblick zu nehmen. Es läge im wirklichen Staatsinteresse, wenn im Fall Fechenbach das Recht wiederhergestellt würde, bevor der Kampf um ihn zur vollen Schärfe entflammt ist. Die Sozialdemokratie wird sich durch keine äußeren Umstände bewegen lassen, diesen Kampf zu vertagen, denn ein Land, das Gerechtigkeit von der Welt verlangt, muß vor allem auch im Innern Gerechtigkeit üben. Es wird in dieser Frage keine Ruhe geben, solange nicht der bayerischen Reaktion ihre unschuldigen Opfer aus den Klauen gerissen sind.

Das bayerische Idyll.

Vaterländisches Faschingstreiben in München.

Wir berichteten schon über die seltsame Veranstaltung, die in München den Kahr und den Ludendorff, die Minister mit ihrem Präsidenten Knilling an der Spitze und die Nationalsozialisten mit ihrem faschistischen Hauptling Hitler zu einer gemeinsamen sogenannten „vaterländischen Rundgebung“ zusammenführte. Während im postoralen Familienblattstil, ganz als wenn der altpreussische Bajouare Gottlieb Traub ihn verfaßt hätte, schildert ein Mitarbeiter der „München-Lugsburger Abendzeitung“ diese Feier des „Verbandes der vaterländischen Bezirksvereine“. Daß unter den „gutbayerischen“ Männern und Frauen an der „Ehrentafel“ auch der Erich Ludendorff aufgeführt wird, kennzeichnet schon die Richtung. Noch mehr aber, daß der Bericht, den Ehrenpräsidenten des Verbandes, den Herrn v. Kahr, „der alten Farben schwarzweißrot mit stolzer Wehmüt gedenkend, das angeschlagene Motiv weiter-spinnen“ läßt „zu einem hohen Lied auf die deutsche Treue, die blinder Bahn vom Thron zu stoßen sich unterfang.“ Und wenn er diesen selber Kahr als „die beiden Gegenpole unserer Zeit“ die „nationalgermanistisch-christliche“ und die „international-marxistisch-materialistische Weltanschauung“ gegeneinanderstellen läßt, zwischen denen es keine mittlere Linie gebe.

Der oberste Beamte des bayerischen Freistaates aber, Dr. v. Knilling, sieht in diesem Verband der vaterländischen Bezirksvereine „einen starken Träger des Schollegefühls und der völkischen Idee“, auf dessen Verständnis und Unterstützung er rechnet! Der Pastorenbericht fährt bezeichnenderweise fort:

„Der bayerische Ministerpräsident sprach damit aus, was General v. Ludendorff nochmals in bestimmter Form unterstrich, als er unter Hinweis auf die stolze Ueberlieferung des alten Heeres die Angehörigen der vaterländischen Verbände aufforderte, gleiche Pflichttreue und gleichen Opferwillen auch gegenüber den jetzigen und zukünftigen schweren Aufgaben im Dienste am Vaterlande walten zu lassen.“

Es war nicht übersehen worden, daß neben dem Ministerpräsidenten Adolf Hitler an der Ehrentafel saß, und man rief den nationalsozialistischen Führer stürmisch ans Rednerpult. Was Hitler sagte, läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß er die schweren Räte unserer Zeit nicht auf zwangsläufige Entwicklungen zurückführt, sondern auf das Wollen eines höheren, der die Geißel über uns als Volk schwingt, damit wir endlich zur Befinnung und zur Einheit gelangen.“

Dieser Hitler, der sich zum Führer einer bewaffneten Garde innerhalb des Freistaates Bayern aufgeworfen hat, und den die „vaterländische“ Versammlung in Gegenwart des Ministerpräsidenten „stürmisch ans Rednerpult ruft“, forderte die Versammlung auf, „durch Selbsthilfe zur Freiheit und zum Aufstieg zu streben! Man dürfe nicht länger tatenlos dem Wirken der bösen Kräfte in unserer Volkssee zusehen. Ein zweiter 9. November müsse unmöglich werden.“

Die ganze Veranstaltung, in der der Ministerpräsident mit dem Führer der monarchistischen Umstürzer und mit dem Ludendorff an einer Ehrentafel saß, mutet an wie ein verfrühter Faschnachtsfeier. In der gleichen Nummer der „München-Lugsburger Abendzeitung“ warnt der Polizeipräsident vor Auswüchsen im Faschingstreiben und kündigt polizeiliches Einschreiten gegen sie an. Er hätte auch diesen vaterländischen Faschnachtsball mit Rücksicht darauf, daß die Franzosen vor dem Ruhrgebiet stehen, verbieten sollen.

Berichtsgemeinschaft Preußen-Württemberg

Stuttgart, 9. Januar. (All.) Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf betreffend den Berichtsgemeinschaftsvertrag zwischen Preußen und Württemberg zugegangen. Nach dem Vertrag, der am 1. April in Kraft treten soll, wird das württembergische Oberlandesgericht Stuttgart zum Oberlandesgericht für den preussischen Landgerichtsbezirk Hechingen und das preussische Landgericht Hechingen zum Landgericht für den württembergischen Amtsgerichtsbezirk Balingen bestellt.

Die arbeiterfreundlichen Deutschnationalen.

In der „Kreuzzeitung“ richtet das „Arbeitersekretariat“ des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei an die Parteifreunde in Stadt und Land die herzlichste Bitte, Wähler für die Arbeiterklasse zu stiften. Bravo, wäre man fast versucht zu sagen, wenn diesem großherzigen Aufruf nicht der schärfste Nachsatz folgte: „Ebenso werden Geldspenden für die gemäßigten Arbeiter und Kollektanden unserer Partei entgegengenommen.“ Das hochherzige Unternehmen entpuppt sich also als eine Streikbrecherklasse und des Subels Kern ist eine Garde, die einen Keil in die Arbeiterbewegung hineintreiben soll. Wirklich außerordentlich hochherzig und sozial. Wir wünschen dem Unternehmen den besten Erfolg.

Deutschvölkisch und international.

Der „Lokal-Anzeiger“ macht alles.

In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es: Während sich die Franzosen zum Einmarsch ins Ruhrgebiet bereit machen, vollzieht man privatim die seltsamen deutsch-französischen Allianzen und veröffentlicht sie dann in folgender Form („Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 5. Januar 1923):

Hedwig de Pohl
ille du defunt Amiral impérial Excellence de Pohl,
chef de l'état-major de la marine impériale.

Louis Chrétien Haessler
Grande de Vendôme
anc. Président du Jury Professeur de Droit universel,
Docteur des sciences et des lettres chargé officiel
du Gouvernement impérial ott.

Fiances
Paris Oldenburg i. O. bei Graf v. Bothmer,
Noël 1922. Beethovenstr. 9 l.

Soweit die „Deutsche Tageszeitung“. Hedwig Pohl, die sich hier als Frau des in französischen Staatsdiensten stehenden Deutschen Ludwig Häuser empfiehlt, ist die Tochter des bekannten kaiserlichen Großadmirals. Es liegt uns fern, uns in die Privatangelegenheiten dieser Herrschaften einzumischen, wenn sich auch darüber streiten läßt, ob diese Art von Heiratsanzeigen der Vermählten in ihrem ehemaligen Vaterlande besonders geschmackvoll ist. Positiver aber ist es, daß diese französische Heiratsanzeige im deutschnationalen „Berliner Lokal-Anzeiger“ erscheint, der bekanntlich unter deutschvölkischer Oberleitung steht und sich nicht genug in „Franzosenhass“ tun kann. — Geschäft ist Geschäft. Deshalb darf die linke Hand nicht wissen, was die rechte Hand tut. Deutschvölkische Rosenfäule, Franzosenhass — nur tüchtig schaum geschlagen, irgend etwas wird schon in der Kasse hängen bleiben! Oder wird sich die „deutschvölkische“ Redaktion des „Lokal-Anzeigers“ ob dieses Vorkommnisses von der „international orientierten“ Geschäftsleitung trennen?

Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei. Nach einer kommunistischen Versammlung gegen den Versailles-Vertrag kam es in Hamburg am 8. d. M. zu einem Zusammenstoß zwischen einem Trupp Jugendlichen und der Polizei. Diese mußte, da die Menge der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht nachkam, mit Gummiknüppeln einschreiten. Bei dem Handgemenge wurden ein Wachmeister und drei Polizeibeamte verletzt. Sieben Personen wurden verhaftet.

Berliner Theaterkultur.

Von Karl Fischer.

Im Großen Schauspielhaus wird Operette gespielt, die „Ribelungen“ wurden im Zirkus tragiert, und Herr Barowski, dessen Geste immer größer war als seine Tat, gibt im Lessing-Theater das französische Lustspiel, das vor zwanzig Jahren neu war: „Geschäft ist Geschäft“.

Will man über Kunst und Kultur der Berliner Theater eindeutig und eindringlich sprechen, will man klar machen, wo die Schäden liegen, braucht man eigentlich nur diesen einen Satz zu sagen.

Indessen, sehen wir uns mal das Repertoire der anderen Berliner Bühnen an:

Zunächst die hohen Hellen der Kunst, die Herr Dr. Robert innehat, um mit dem Vornehmsten und Wichtigsten anzufangen. Daß in diesen Händen die Theaterkultur gewissermaßen mündelicher angelegt ist, erkennt man schon an der Tatsache, daß Herr Robert sich mit seinen Plakaten an der Säule von den anderen Kollegen absondert, um Platz zu haben für ebenso zärtliche wie zierliche Verselein mitten auf den Ankündigungen. Zum Beispiel: „In kleinen Dingen sich zu stören, ist ein Vergnügen und gesund!“, oder: „Wer mag der Herr sein, der der Dame nachsteigt“, und andere künstlerisch vollendete Poeme aus den Stücken, die über seine Bühnen fließen. Die hohe Kultur der Robert-Bühnen erkennt man aber auch an den Nachvorstellungen, was so wohligh und wollüstig nach Nachvorstellungen klingt.

Und die anderen Theater?

Ein Schwank, in dem Thielischer den Clown macht, ein englischer Schwamm, in dem Adalbert den Spahmacher mimi, bunte, sehr bunte Reihe im Renaissance-theater, das einst wichtigsterisch mit Lessing begann, den „prachtvollen Hahnrei“, der immerhin von einem gemacht ist, der Liebe zur Sache und Verständnis von der Sache hat, des Hamburger Jinn „Der Schlemihl“, das nicht sein bester Wurf ist, ein Franzose in den Kammermusikern, ein paarmal Hauptmann, einmal Sandermann und sonst Operette.

Eine Hoffnung bleiben lediglich das Deutsche Theater, das Staatstheater und die Volkshöhne, die unter der trefflichen Leitung von Kayhler der alten, guten Tradition treu bleibt: Beste Kunst für das Volk.

Doch Jänner in Staatstheater hat in diesem Winter keine besonders großen Pläne und Projekte neuer Stücke, und im Deutschen Theater studiert man Gerhart Hauptmann: „Kaiser Karls Geißel“.

Gerhart Hauptmann in Ehren! Niemand wird in Ernst den Theaterdirektor schelten, der sein Programm durch Hauptmann verschönern will. Aber die Jungen und Jüngsten sehen vor den Toren und warten vergebens auf Einlaß. Es ist eine Lüge, wenn von Theaterlangstien immer wieder behauptet wird: es gibt keine

Autoren bei uns zu Haus, die ihr Handwerk kennen, und darum müssen wir in das Ausland flüchten. Nein, so liegt die Sache nicht. Es ist vielmehr ein beklagenswerter Umstand, daß man auf Berliner Bühnen so viel Ausländer und namentlich Franzosen spielt. Kein vernünftiger Mensch wird in diesem Tadel Chauvinismus, patriotische Kleinlichkeit und Engherzigkeit sehen, sondern lediglich Trauer darüber, daß schwer ringende und erst strebende Talente unter uns von unseren Direktoren ausgesperrt werden.

Daß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind! Sagen unsere wahrlich nicht sentimental Direktoren. Wir spielen lieber französische Schwänke, das ist Paprika und pikant, und das bringt Geld in die Kassen. Die jungen Autoren aber müssen sich mit irgendeiner Mittagsvorstellung irgendeiner Probierbühne begnügen, wohin es keinen Teufel zieht.

Während des Theaterstreits hat der Präsident Adelt mit Recht die Geschäftstheater verdammte und verdonnert. Er meinte nur ein paar ganz bestimmte. Heute sagen fast alle Direktoren: die Hauptsache ist Geschäft machen!

Schiller hat mal etwas von der Bühne als moralische Anstalt geschrieben! Ach du armer, alter Schiller! Heute schimpfen die Direktoren auf die Kunst, segnen den Schwamm und sagen: Geschäft ist Geschäft!

Wir aber sagen: Es ist eine Schande!

Renaissance-Theater: „Die Juden“ von Tschirkow. Ein Stück Polnisch-Rußland, wie es vor dem Kriege gewesen ist: Pogrom, der stets die Juden in den kleinen Siedlungsstädten bedroht. Es war ein politisches Drama, das vor zwei Jahrzehnten in Europa Aufsehen erregte. Es war das Problem des Ghettos, auf der Bühne diskuliert. Die Christen lieben die Judenmädchen und sterben von der Hand ihrer Glaubensgenossen, die sich schützend vor das wehrlose Lebensopfer stellen. Der orthodoxe Judenwahrer kann nicht hindern, daß seine Kinder der westlichen Wissenschaft, der westlichen Aufklärung und dem Sozialismus verfallen. Werden die Juden glücklich sein, wenn sie sich der großen Weltverbrüderungsidee anschließen? Der Dramatiker Tschirkow hat das alles grob geschildert. Was einst fesselte, hat nur noch historisches Interesse. Die Predigt wird als Papier empfunden, das Herabdrängen der Massen, die alles im friedlichen Judenhaus zerbrechen und die Menschen hinhinordnen, wird empfunden als etwas Gewalttames, das nicht genügend vorbereitet, unorganisch hereinbricht. Aber die Ehrlichkeit dieses Stückes gewinnt doch wieder für die Menschlichkeit des Polemikers. Er hat auf Wunden gezeigt, die furchtbar waren. Er war so befangen und niedergeschlagen durch die Eindrücke, die er mit eigenen Augen aufgenommen hatte, daß ihm die Objektivität verloren ging. Er konnte nicht mehr formen, er konnte nur noch schreiben.

Man gab sich Mühe, dem Altertum dieses Stückes neues Leben zu geben, aber es fehlte das Ensemble, es fehlte das Einklingen der von vielen Theatern zusammengeholten Künstler. Man verstand sich nicht immer, man schleppte, man vergriff sich im Tempo, man donnerte den Pogrom zu sanft, die Nächte der Regie waren sichtbar. Es klappte vieles nicht. Granach spielte den alten Juden, er

spielte ihn hochdeutsch, wie Nathan den Weisen. Es fehlte der Jargon. Solche Scheu rächt sich immer in Mikrostücken, die ganz auf Kleinmalerei und auf Bildhaftigkeit des Rationalen und Reflexiven angelegt sind. Herr v. Wangenheim war überzeugter Jude und Sozialist. Die Flamme schlug auf, aber auch er hatte nicht das Solorit des Stammes. Herr Grossbard, einstmals in der Truppe des Jüdischen Theaters, soll jetzt hochdeutsch sprechen. Er ist ein sanfter und gedämpfter Schauspieler. Er gewinnt durch eine gewisse Scheu und Schüchternheit der Bewegungen und durch den Fleiß, mit dem er jeder Uebertriebung entgegen. Roma Van wirkte durch stille Schlichtheit, aber sie war keineswegs das Mädchen, das aus dem Ghetto hervorgegangen wäre.

Disziplin. . . Vor kurzem hat ein demokratischer Abgeordneter im Reichstage erklärt, der Demokratie könne heute nur durch Arbeit und Disziplin gedient werden.

Sehr richtig! Disziplin ist das einzig Wahre. Wenigstens ist ohne sie keine Ordnung in der Welt denkbar.

Wir wird heute wehmütig ums Herz, wenn ich an die schönen Zeiten zurückdenke, da man sich abends todmüde auf seinen Strohsack warf, um nach einer traumlos durchschlafenen Nacht frühmorgens um fünf doch wieder macker drauflos zu marschieren, daß die Knochen aus den Gelenken zu springen drohten. Da man mit freuden hungerig und froh war, sich abends im Feuer eine Kartoffel rösten zu können; da man begeistert alles tat, was man dem Vorgesetzten von der Nasenspitze ablesen konnte, und noch ein Stück darüber, weil man es für seine Pflicht hielt, zu gehorchen und das Maul zu halten. . .

Mein Korporal sagte zu uns gleich am ersten Tage meines freiwilligen Eintritts ins Heer, als ich mit meinen neuen Kameraden vor der Kammer sieben Stunden vergeblich auf die siebente Garnitur gewartet hatte und zu brummen anfing: „Welche Sau quatscht denn da? Wenn angetrreten ist, hat jeder die Schnauze zu halten, verstan! Alles an die Mauer. . . arsch. . . arsch!“ — Ich bitte um Verzeihung; er sagte es wirklich so. — Da liegen wir, als wenn der leibhaftige Satan uns im Rücken läche.

Sehen Sie, meine Herrschaften, das ist die Disziplin, unter der wir groß geworden sind. Oder besser gesagt, mit der wir gründlich Kontrast gemacht haben.

Und wenn die Kinder in der Schule heute noch geprügelt werden, falls sie auf den Treppen nicht rechts gehen, so ist das auch wieder nichts als die alte preussische Justiz. Je länger ich übrigens darüber nachdenke, desto klarer wird es mir, daß eigentlich alles Glück von der Disziplin abhängt. Friedrich Wilhelm I. hat es sogar fertiggebracht, seinen Landeskindern die Liebe, die Königin unter den Gefühlen, auf disziplinarischem Wege einzusößen. Damit sie ihn lieben sollten, verbißte er ihnen einfach mit seinem Stock den Rücken. Aber wohlgefällt haben sich die Leute damals, als man sie so behandelte; und darum wollen sie die alte Disziplin heute wieder einführen.

Der herrschende Sinn im Bienenstaat. Die Harmonie, die im Bienenstaat herrscht, ist den Menschen oft von Philosophen als Muster vorgehalten worden, und die Naturwissenschaft hat in zahlreichen Untersuchungen es unternommen, die Ursachen dieser so fein abgestuften Staatsordnung zu ergründen. Ein amerikanischer Insektenforscher R. E. McIndoo glaubt nun, des Rätsels Lösung in

Eine Spende des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat dem Sächsischen Ministerpräsidenten Gen. Lud. einen erheblichen Betrag zur Vinderung der Not in Sachsen überwiesen. Das Geld ist ein Teil des Ertrages einer Weihnachtssammlung, die dankenswerter die „New Yorker Staatszeitung“ in den Vereinigten Staaten von Amerika veranstaltet hat, sowie einer besonderen Spende der Brooklyner Sängerkörpers. Beides war dem Reichspräsidenten zur weiteren Verfügung übermittleit worden. Ministerpräsident Lud. hat dem Reichspräsidenten für die Berücksichtigung Sachsens gedankt und ihn gebeten, bei geeigneter Gelegenheit auch an die amerikanischen Spender den Dank der sächsischen Regierung weiterzuleiten. Der Betrag selbst wird im Sinne der Spender nach den Wollungen des Ministerpräsidenten in der nächsten Zeit zur Verteilung gelangen.

Wilhelms Memoiren.

Am Auftrag der Verlagsbuchhandlung K. F. Koehler in Leipzig, die Wilhelms sogenannte Memoiren verlegt hat, sendet uns der Verteidiger der deutsch-nationalen Mordmörder, Justizrat Willi Hahn-Berlin, die folgende Berichtigung:

Die in Nummer 439 vom 16. September 1922 unter der Spitzmarke „Honorar vom Erbfeind“ gebrachte Mitteilung, die Agentur Radio habe die Memoiren Kaiser Wilhelms für Frankreich und die Kolonien erworben, und das Honorar werde in französischer Valuta gezahlt, ist unzutreffend. Die Verwertung der Memoiren erfolgt ausschließlich durch die Buchhandlung K. F. Koehler, Leipzig, der Kaiser hat mit dem Verkauf nach dem Auslande nichts zu tun. Die Firma K. F. Koehler hat auch mit Franzosen keinen Vertrag geschlossen, sondern ausschließlich mit einer amerikanischen Firma, die bereits die Werke anderer deutscher Führer für die fremden Sprachen erworben und veröffentlicht hat.

Augenscheinlich bedürfen die „Memoiren“ schon jetzt der Nachhilfe durch Reklame. Denn in dem in Stargard erscheinenden „Neuen Pommerischen Tageblatt“ kündigt bereits ein dortiger Buchhändler an, daß er einen größeren Posten des Buches „aus zweiter Hand“ erworben habe und es weit unter der Hälfte des normalen Preises abgeben könne. Die Amerikaner liefern die Dollars für Wilhelm über Koehler, aber in Deutschland beginnt jetzt schon die Berramschung der „Erinnerungen“. Auch ein Zeichen der Zeit!

Zum Trost für Wilhelm bringt ein Berliner illustriertes Blatt ihn in neuester Heldenpose am Arme der Hermine. Er trägt Feldmarschallsuniform mit sämtlichen Orden und dem Heidentkrenz I. Sie kostbares Schleppenkleid. Um ihre Rollage zu demonstrieren!

Aus der KPD. ausgeschlossen.

Der Bezirksausschuß Rheinland-Westfalen hat den bekannten KPD-Führer Adolf Weinberg aus Dortmund ausgeschlossen und veröffentlicht eine Warnung an die KPD-Mitglieder, politische Beziehungen zu dem Ausgeschlossenen zu pflegen.

Zugleich wird mitgeteilt, daß der ehemalige kommunistische Stadtverordnete Richter ausgeschlossen sei.

Kein Straußschub für Begünstiger der Rathenau-Mörder. Für den Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt, der den Rathenau-Mördern Fischer und Kern auf Burg Saaleck Kleidungsstücke zu verschaffen suchte und deshalb vom Staatsgerichtshof wegen Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft, verurteilt worden war, war durch seinen Verteidiger die Zubilligung einer Bewährungsfrist beantragt worden. Wie wir erfahren, hat Oberstaatsanwalt Ebermeyer diesem Antrage nicht stattgegeben. Dietrich hat seine Strafe am gestrigen Dienstag in der Strafanstalt Tegele angetreten.

Für die Vereinigung mit Deutschösterreich demonstrierte am Sonntag eine Riesenschlange in Essen. Sie war vom Oesterreichisch-Deutschen Volksbund einberufen und sein Vorsitzender, Reichstagspräsident Genosse Böbe, war Hauptreferent. — Bundeskanzler Seipel und sein Außenminister Grünberger haben Horthy besucht, da sie mit Ungarn verhandeln.

dem Geruchssinn der Bienen entwidt zu haben. Die englische Zeitschrift „Nature“ berichtet über diese Forschungen: Dr. McIndoo fand, daß er durch den Geruch allein alle drei Rassen der Bienen, Königin, Arbeitsbienen und Drohnen, unterscheiden konnte. Er nimmt an, daß jede einzelne Biene ihren besonderen Geruch hat, aber daß die Gesamtheit dieser Gerüche den Geruch des Bienenvolkes darstellt, der tatsächlich die beherrschende Macht in dem ganzen Staat ist. Der Geruch der Königin, der ein Teil des Gesamtgeruches ist, hält gleichsam die anderen Bienen in Schach und gewährleistet das ganze soziale Leben. Die Arbeitsbienen erkennen die Königin ihres Bienenvolkes durch den Geruch, den sie an sich tragen. Sie werden von dem Geruch des Volkes und dem der Königin angezogen und richten sich danach. Die Geruchsorgane der Bienen will McIndoo in feinen Poren erkennen, die über den ganzen Körper verteilt sind.

Das Auslandsporto als — Schriftsteller-Spende. In Wien ist vor kurzem der Volksheilerpreis zur Verteilung gekommen, und zwar ist Herbert Kranz, der Verfasser des Dramas „Freiheit“, der „Glückliche“ gewesen, auf den dieser Ehrenlohn gefallen ist. „Glücklich“ — weil die Spende heute noch genau so wie in stillen Friedenszeiten 3000 Kronen beträgt, was wohl einst eine recht ansehnliche Summe war, aber jetzt gerade noch für das Porto eines Auslandsbriefes zureicht. Das Mißverhältnis zwischen Geist und Materie kann durch nichts stärker karriert werden als durch die Verteilung eines noch nicht einmal noblen Trinkgeldes als ersten Ehrenpreis für einen erfolgreichen Literaten. Es ist selbstverständlich, daß durch eine derartige Felle alle mittellose Konkurrenten von vornherein ausgeschlossen werden, weil sie ihre Tätigkeit nicht für eine Sache aufwenden können, die ihnen im besten Falle außer der Ehre ein paar Friedensheller einträgt.

Eine Sammlung von 3 1/2 Millionen Insekten. Das Londoner Naturgeschichtliche Museum besitzt eine Sammlung von 3 1/2 Millionen Insekten, die unter der Aufsicht von Dr. D. S. Cohen steht. Der Gelehrte, der in seiner 30jährigen Tätigkeit an dem Museum alle diese verschiedenen Insekten studiert hat, erklärt, seine Absehung brauche unbedingt einen Neubau, weil er diese Riesenscharen nicht mehr unterbringen könne. In einzelnen Fällen befinden sich in der Sammlung 60 000 Exemplare von einer einzigen Insektenfamilie, wogegen 100 000 neue Insekten werden jedes Jahr eingeliefert.

Die vom Journalisten- und Schriftstellerverein Ueberbrücken veranstaltete Vorlesung zugunsten der notleidenden Schriftsteller findet am nächsten Sonntag im Saal des Hoftheaters (Königsplatz 7), Uhr statt. Am 13. Jan. sprechen Dr. Ludwig Kulla und Bruno Böhm, am 10. Februar Hermann Ebermann und im März Gerhart Hauptmann. Außerdem finden Rathenau-Festspiele und eine Theateraufführung statt. Karten für alle Vorstellungen zu 500 M. Lustigoldstr. 32 part. oder an der Abendkasse.

Ein Dozentenstreik. Die Dozenten der Düsselborger Volkshochschule sind in den Streik getreten, da ihre Ansprüche in Gestalt der ihnen zustehenden Gehälter nicht erfüllt wurden.

Zunahme der Knabengeburten in England. In den ersten drei Vierteljahre von 1922 wurden in England 209 251 Knaben geboren und 254 568 Mädchen. In normalen Jahren belief sich das Verhältnis der Knaben- und Mädchengeburten auf durchschnittlich 1040 Knaben zu 1000 Mädchen. Die neuen Zahlen aber zeigen ein Verhältnis von 1066 Knaben zu 1000 Mädchen. Dadurch wird die alte Erfahrung bestätigt, daß nach großen Kriegen immer mehr Knaben geboren werden.

Deutschland und die Ruhrbesetzung.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand gestern nachmittag ein Ministerrat statt, an dem auch der preussische Ministerpräsident teilnahm. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen berichteten über die durch das Vorgehen Frankreichs geschaffene Lage und die Stellungnahme der Reichsregierung dazu. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit.

Die Rechtslage.

W.B. verbreitet eine sehr umfangreiche Darlegung der Rechtslage durch den Reichsaußenminister v. Rosenberg, die einem Teil der gestrigen Berliner Abendpresse noch rechtzeitig zum Abdruck übermittleit wurde. Sie kommt zu folgenden Schlusfolgerungen:

Danach steht fest, daß die Durchführung der französischen Pläne in dreifacher Richtung einen groben Bruch des Vertrages darstellen würde,

erstens, weil die Beschlüsse der Reparationskommission in der Holz- und Kohlenlieferungsfrage überhaupt kein Vorgehen gegen Deutschland über die Note vom 21. November 1922 (die nur eine entsprechende Barzahlung im Falle eines deutschen Rückstandes vorseht. Red.) hinaus rechtfertigen,

zweitens, weil auch bei etwaiger Feststellung etwaiger sonstiger Verletzungen Deutschlands der Vertrag keinerlei Sanktionen territorialen Charakters zuläßt,

und drittens, weil auch die formell etwa zulässigen Maßnahmen gegen Deutschland nur von den beteiligten alliierten Mächten gemeinsam getroffen werden können.

So lösen sich alle französischen Rechtsargumente in Nichts auf. Sie erweisen sich für jeden nicht voreingenommenen Beurteiler als so gekünstelt, daß sie den wahren Zweck und Charakter des französischen Vorhabens nicht verhehlen, sondern daß sie dieses Vorhaben nur noch mehr als das erkennen lassen, was es wirklich ist, als den Versuch rechtswidriger Vergewaltigung.

Die vorausgehenden Feststellungen stimmen in der Hauptsache mit dem überein, was von uns schon wiederholt zur internationalen Rechtslage ausgeführt wurde.

Die Unternehmerverbände beim Reichskanzler.

Amlich wird gemeldet: Die Spitzenverbände des gesamten deutschen Unternehmertums — nämlich Zentralverband des Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband des deutschen Handwerks, Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichslandbund, Hanfobund, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Reichsverband der deutschen Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände — haben gestern nachmittag bei dem Reichskanzler vorgesprochen und in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers namens ihrer Verbände die Versicherung abgegeben, daß sie bei der Abwehr der dem Deutschen Reiche drohenden Vergewaltigung den Reichskanzler und die deutsche Reichsregierung einmütig mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften unterstützen werden. Die Abwehr verlange die Einheitsfront des gesamten deutschen Volkes. Von der Zuversicht getragen, daß sich in diesem Willen alle Volksschichten unerschütterlich zusammenschließen, würden die Wirtschaftsstände alle Opfer bringen, welche die Not des Vaterlandes erheische. Der Reichskanzler dankte für diese einmütige Erklärung und bezeichnete die sofortige Zusammenfassung aller an der Wirtschaft beteiligten Faktoren zur praktischen Arbeit als die zunächst dringendste Aufgabe der Reichsregierung.

Bayern gegen die Gewalttat.

München, 9. Januar. (W.B.) Die heutige Sitzung des Landtages eröffnete Vizepräsident Auer mit folgender Ansprache: Seit unserem Auseinandergehen hat sich die außenpolitische Lage Deutschlands wesentlich verschärft. Deutschland trägt hieran keine Schuld. Das Scheitern der Pariser Konferenz bewies, daß die französische militaristische Gewaltpolitik keinen Frieden mit dem deutschen Volke will, obwohl die Welt in steigendem Maße erkennt, daß Deutschland über seine Kraft alles getan hat, um einen wirklichen Friedenszustand zu schaffen. Ohne der Reichsregierung ist ihren Entschlüssen vorzugehen zu wollen, erscheint es dem Ernste der Stunde entsprechend, auch in dieser Volksvertretung den Wunsch auszupprechen, es möchte dem deutschen Volk beschieden sein, in der unbedingt notwendigen nationalen Einheit und Geschlossenheit der unerhörten Gewaltpolitik Frankreichs im Bewußtsein seines guten Rechtes entgegenzutreten.

Das Haus nahm die Erklärung mit tiefem Ernst entgegen. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der inzwischen erschienene Ministerpräsident v. Aulick das Wort zu folgender Erklärung: Wenn nicht alle Nachrichten trügen, ist Frankreich in seiner Unversöhnlichkeit und Unbelehrbarkeit im Begriffe, zu einem neuen schweren Schlag gegen Deutschland auszubohren, mit dem es sich nicht bloß über alle Grundzüge des Völkerrechtes, sondern sogar auch über die Bestimmungen des uns aufgezwungenen, auf der größten Höhe der Weltgeschichte aufgebauten Friedensvertrages von Versailles hinwegsetzen würde, den es damit selbst zerbräche. (Lebhafte Zustimmung.) Wehlos, wie wir sind, müssen wir auch diese harte Prüfung über uns ergehen lassen, aber wir wollen sie bestehen als Männer, die auch im Unglück aufricht bleiben. (Lebhaftes Bravo.) Wir hoffen zuversichtlich, daß die Reichsregierung auch durch den äußersten Zwang sich in ihrer festen Haltung nicht irremachen läßt. (Lebhafter Beifall.) Die Zeit ist gekommen, in der für Zerküftung und inneren Parteistreit kein Raum mehr ist. Gegen Frankreich können wir mit gutem Gewissen das Urteil der übrigen Welt abwarten, die sich vielleicht doch darüber klar wird, worauf die letzte Absicht des französischen Imperialismus geht: nicht auf Völkerveröhnung und wahren Frieden, sondern auf die Verwirklichung seiner geschichtlichen Rheinlandpläne und auf die endgültige Vernichtung Deutschlands zielt Frankreich. (Lebhafte Zustimmung.) In dieser ersten Stunde gedenken wir unserer Brüder in den vom Druck der Fremdherrschaft heimgesuchten und bedrohten Gebieten, mit denen wir uns eins fühlen und eins bleiben, aufs neue geloben wir ihnen unverbrüchliche Treue. (Lebhaftes Bravo!)

Die Stimmung der Arbeiter.

London, 9. Januar. (W.B.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Essen drachtet unter dem gestrigen Datum, die dortigen Zivillisten wenden sich gegen die Auffassung, daß irgendeine Art organisierten Widerstandes im Falle eines französischen Vormarsches erfolgen werde. Ein Stadtrat erklärte gegenüber dem Berichterstatter, diese Torheit werde in Essen von niemandem be-

gangen werden. Der Führer einer der größten Gewerkschaften des Ruhrgebietes erklärte dem Berichterstatter, die Luft sei mit Elektrizität geladen. Die Arbeiter befinden sich in einem Zustand der größten Spannung. Sie blieben ruhig, weil sie immer noch glaubten, daß England und Amerika etwas finden würden, was das Schlimmste verhindern könnte. Auf die Frage, welche Haltung die Arbeiter einnehmen würden, wenn Frankreich marschiere, erwiderte der Gewerkschaftsführer, die erste Bewegung der französischen Truppen werde für die Arbeiter das Zeichen für einen allgemeinen Ausstand im Ruhrgebiet sein. Bei diesem Beschluß seien die Arbeiter nicht beeinflusst worden durch Rücksichten auf Interessen ihrer Arbeitgeber, sondern nur der der deutschen Arbeiterklasse als Ganzem. Dieser militärische Bahnsturm im Ruhrgebiet bedeute Ruin und Hunger für die Arbeiter, vielleicht mehr im unbesetzten Deutschland als im Ruhrgebiet, aber letzten Endes für alle deutschen Arbeiter. Der allgemeine Ausstand werde ein stummer Protest der nicht bewaffneten Arbeiter Deutschlands gegenüber ihren Kameraden in jedem Lande gegen die Politik der Bajonette sein. Der Führer fuhr fort, Herr Poincaré müsse noch lernen, daß die Bitte des freien deutschen Arbeiters, der befreit sei, seinen Teil an der Erfüllung der Verpflichtungen seines Landes zu tun, ein besserer Förderer von Reparationskosten sei, als das Bajonett.

Die Debatte in der Reparationskommission.

Paris, 9. Januar. (E.C.) Der „Temps“ ist in der Lage, über die heutige Sitzung der Reparationskommission noch folgende ergänzende Mitteilungen zu machen: Die Sitzung begann mit der Anhörung einer Anzahl deutscher Vertreter als Sachverständige. Herr Lübben, der um 7 Uhr morgens aus Berlin eingetroffen war, sowie der Präsident der Kriegslastenkommission Fischer legten neuerlich die Gründe dar, die nach ihrer Ansicht das Defizit von 15 Proz. bei den Kohlen- und Kokslieferungen entschuldigten. Der juristische Sachverständige erklärte, die einzige Strafmaßnahme, die gegen Deutschland angewendet werden könne, sei in dem Schreiben der Reparationskommission vom 21. März vorgesehen, demzufolge an Stelle der nichtvollzogenen Schlichterleistungen ergänzende Barzahlungen verlangt werden könnten.

Nachdem die deutschen Vertreter den Sitzungssaal verlassen hatten, wurde die Beratung eröffnet. Barthou entwickelte die Beweggründe, von der die Deutscher der französischen Regierung ausging. Er betonte den schlechten Willen Deutschlands, das in der Lage gewesen sei, sämtliche im Programm der Reparationskommission vorgeschriebenen Kohlen- und Koksleistungen zu liefern. Denn diese Lieferungen seien gegenüber den durch den Friedensvertrag festgesetzten Pflichtmengen vermindert worden. Er forderte die Feststellung der „vorläufigen Verzehrung“, die den alliierten Regierungen gemäß § 17 Anhang 1 beauftragt werden müsse.

Bradbury erklärte an, daß Deutschland seinen Verpflichtungen bei den Kohlen- und Koksleistungen nicht nachgekommen sei, erklärte jedoch, daß er den Tatbestand einer abschließlichen Verzehrung nicht anerkennen wolle, weil dadurch so schwere Reaktionen erfolgen würden, die in einer Frage von so untergeordneter Bedeutung nicht angewendet werden sollten.

Der Italiener Salvagio Raggi sowie der Belgier De la Croix schlossen sich der Auffassung Barthous an. Delcroix hob insbesondere hervor, daß die Reparationskommission in ihrem Beschluß vom 21. März keineswegs das Recht der Ergreifung der im Friedensvertrag vorgesehenen Sanktionen beeinträchtigen wollte.

Der amerikanische Vertreter Boyden hat seine Meinung in offiziöser Form bekannt geben zu dürfen. Er erkannte an, daß Deutschland sich vorläufiger Verzehrung in den Kohlen- und Holzlieferungen zuschulden habe kommen lassen, aber in dem gewaltigen Reparationsproblem hätten diese Verzehrungen nur untergeordnete Bedeutung und sie sollte den Regierungen nicht Veranlassung geben, schwere Sanktionen zu verhängen. Das Reparationsproblem müsse in seiner Gesamtheit und nicht in seinen Einzelheiten betrachtet werden. Daraus trat die Kommission in die Abstimmung mit dem bereits bekannten Ergebnis ein. Die Entscheidung der Kommission wurde sodann nach am heutigen Nachmittag den vier alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht.

Amerikas Standpunkt.

Paris, 9. Januar. (W.B.) Hayes (und dem „Temps“ Red.) zufolge soll in der Beratung über die deutschen Kohlenlieferungen, die die Reparationskommission anstehend an die Anhörung der deutschen Sachverständigen vornahm, der offiziöse amerikanische Vertreter Kipp und klar geäußert haben, daß nach seiner Ansicht die Kommission sich einer Verzehrung und zwar einer vorläufigen Verzehrung Deutschlands gegenüber befinde. Wie der Pariser Vertreter des W.B. in amerikanischen Kreisen festgestellt hat, hat Boyden sich über den Charakter der deutschen Verzehrung, abgesehen von der Tatsache der Festmengen selbst, nicht geäußert, also keineswegs festgestellt, daß die Verzehrung als vorläufig zu betrachten sei. Im Einklang hiermit berichtet auch Hayes über die weitere Meinung Boydens, er habe hervorgehoben, daß es ziemlich leicht zu begreifen sei, wenn Deutschland gewisse von ihm übernommene Verpflichtungen nicht mehr zu erfüllen imstande sei. Boyden habe geschlossen mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit, zu einer gerechten Regelung der deutschen Verpflichtungen zu schreiten.

Die Stimmung in England.

London, 9. Januar. (E.C.) Zu dem Vorgehen Frankreichs im Ruhrgebiet herrscht in London allgemein der Eindruck vor, man müsse die französische Regierung nur gewähren lassen, damit sie durch Erfahrung klüger werde. Wenn sie sich überzeugt haben werde, daß die militärische Besetzung keine neuen Wiedergutmachungen einbringe, sondern die bisherigen zerstöre und unglückliche Summen koste, so werde sie zu anderer Ansicht kommen. In England glaubt man auch, daß Italien und Belgien es bereuen werden, sich dem französischen Vorgehen angeschlossen zu haben, weil sie jene Lieferungen in natura verlieren, auf die sie bisher zählen konnten.

Verzehrung der Aktion Poincaré?

Köln, 9. Januar. (E.C.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus London: Vorstellungen Italiens veranlaßten Poincaré, seine Ansicht, das Vorgehen im Ruhrgebiet folgte nach der Erklärung der Verzehrung Deutschlands in der Kohlenlieferung zu beginnen, aufzugeben, und bis zum 15. Januar zu verschieben. (Wir halten diese Nachricht für unwahrscheinlich und geben sie nur unter Vorbehalt wieder. Red.)

Verzehrungsjustiz. Das französische Militärpolizeigericht in Mainz verurteilte den Fürstenermeister Kaul in Kankheim, Kreis Großerau, zu zwei Tagen Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, weil er für die Nichtanmeldung eines aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet gezeugenen Einwohnere verantwortlich sei.

Gewerkschaftsbewegung

Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes.

Am Montag, den 8. Januar 1923, wurde die seit längerer Zeit geplante Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum eröffnet. Einleitend gab Dr. Berger, Bochum eine Uebersicht über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Er führte u. a. aus:

Wir können die Arbeiterschaft aus ihrem Elend nur erretten, wenn wir unsere Wirtschaft und die Autonomie unserer Wirtschaft retten und, soweit verloren, wieder erlangen. Eine aufbauende Politik ist ohne tätige Mitwirkung der Arbeiter und ihrer politischen und wirtschaftlichen Vertreter nicht möglich. Leider müssen wir nach dem Scheitern der Pariser Januar-Konferenz mit der von Frankreich angebotenen neuen Besetzung rechnen. Das bedeutet die Abschneidung der deutschen Wirtschaft von der Kohle. Hiergegen muß die Arbeiterschaft der Welt mächtig ihren

Ruf nach Gerechtigkeit

erklängen lassen. Wir müssen weiter zusehen, daß die furchtbaren Auswirkungen, die ein solches Unheil nach sich ziehen wird, auf das geringst mögliche Maß reduziert und dann auf alle Schultern in Deutschland nach Tragfähigkeit gleichmäßig verteilt werden. Einer geschickten und aufmerksamen Politik wird es möglich sein, auch im Unglück manches zu lindern. Es wird vor allem notwendig sein, einen Teil der öffentlichen Lasten in private Schulden umzuwandeln, damit wir uns von der Besetzung wieder loskaufen können. Ein anderer Weg zeigt sich nicht. Man kann die Hoffnung haben, daß der Wille, der Böses wollte, doch am Ende etwas Gutes schafft. Die Frage, ob diese am Ende gute Wirkung sich schon 1923 zeigen wird, kann man verneinen. Die Marktentwertung wird weitergehen. 1922 hat sich die Geldmenge 1 zu 8 vermehrt, und wer will glauben, daß es nicht 1923 ebenso weiter gehen kann? Bei weiterer Vermehrung sind auch Preissteigerungen ausbrüche zu befürchten. Eine ganze Anzahl Symptome der Konjunkturalentwicklung geben denjenigen recht, die fürs erste eine weitere

Betrachtung aller künftigen Schichten

Deutschlands voraussehen. In dieser grausamen Not müssen die Arbeiter fester als je zusammenstehen. Es gibt keine Rettung auf eine Insel des persönlichen Selbsterhaltung. Das Elend ist allgemein. Wir werden es nur durch gemeinsame Kraftanstrengungen erträglich gestalten können. Man kann an der Verunsicherung in der Welt verzweifeln, nicht aber verzweifeln wollen wir an der großen Sache der Arbeiterbewegung, welche, durch Leid geklärt, der Bahnbrecher der Menschheitszukunft sein wird.

Zur Uebersichtsprage und zum Verhältnis des Bergarbeiterverbandes zur Union referierte der Verbandsvorsitzende Husemann. Nachdem am Silvesterabend die Ruhrkreier-Konferenz beschlossen hatte, das Uebersichtsabkommen zum 28. Februar 1923 zu kündigen, fordert die Union durch Anschläge die Bergarbeiter auf, in Besatzungsveranstaltungen eine Abstimmung über die Uebersichtsfrage zu beschließen und mit allen Kräften dafür einzutreten, daß am 15. Januar 1923 die Uebersichtsfrage nicht wieder aufgenommen wird. Husemann bezeichnete dieses Verhalten der Union als im Widerspruch stehend mit den an den Bergarbeiterverband gerichteten Schreiben, in welchen sie eine Kampfgenossenschaft zwischen Verband und Union forderten und weiter verlangten, daß sich der Bergarbeiterverband für eine Aufnahme der Union in die Tarifgemeinschaft einsehen soll. Der Vorstand hat den Beschluß der Bochumer Reviertarifkonferenz den am Vertrag beteiligten Bergarbeiterverbänden am 2. Januar mitgeteilt und gebeten, dazu Stellung zu nehmen, damit noch im Laufe des Monats in einer Konferenz der Vorstandsvorleiter der vier Bergarbeiterverbände zu der

Kündigung der Uebersichtsfrage

zum 28. Februar Stellung genommen werden kann. Das Vorstandsmittglied Hartmüller berichtete über die bevorstehenden Betriebsratswahlen; sodann behandelte Thimm-Bochum in längeren Ausführungen die Frage der Bergmannsfindlung.

Nach einer ausgiebigen Debatte wurde folgender Antrag angenommen:

„Die Bezirksleiter beschließen, Vorstand und Funktionäre mögen für eine Fortsetzung der Bautätigkeit auch über das laufende Jahr hinaus eintreten mit der Maßgabe, daß die Mittel möglichst aus der Kohlensteuer, solange das nicht geht, aus einem besonderen Preisausschlag auf die Kohle beschafft werden. Vor allem aber müssen schnell Mittel zur Behebung der beengten Wohnverhältnisse durch einen gleitenden Zuschlag auf den Kohlenpreis gewonnen werden. Die Treuhänderstellen sind dem durch die Verhältnisse verkleinerten Bauprogramm anzupassen, aber unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und in ihnen für die volle Gleichberechtigung der Arbeitnehmer zu sorgen.“

Arbeitnehmerkammer für Oldenburg.

Gleich dem Freistaat Sachsen hat nunmehr auch die Regierung des Freistaats Oldenburg einen Gesetzentwurf zur Schöpfung einer gesetzlichen Arbeitervertretung herausgebracht. In Bremen besteht bereits seit Jahren eine Arbeiter- und Angestelltenkammer, in Thüringen und Danzig werden entsprechende Entwürfe ausgearbeitet. Einer langen Begründung, die für das selbständige Vorgehen auf diesem Gebiete in staatsrechtlicher Beziehung notwendig ist und auch der Öffentlichkeit gegenüber angezeigt sein mag, bedarf es für die Arbeiterschaft natürlich nicht. Handelt es sich doch lediglich darum, den einfach unzulässigen Zustand der Rechtslosigkeit zu beseitigen, der darin besteht, daß die Unternehmer in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe öffentlich-rechtliche Vertretungen in ihren Kammern haben, während für die Arbeiterschaft solche Vertretungen bis heute noch nicht geschaffen sind, obwohl sie ihnen durch die Reichsverfassung zugesprochen sind.

Auch der Regierung in Oldenburg erscheint die dahingehende Forderung der Arbeiterschaft als dringlich, da der bisherige Zustand für sie nachteilig ist, „weil in reinen Arbeitnehmerangelegenheiten eine neutrale Beurteilung von den jetzt bestehenden Unternehmerkammern nicht erwartet werden kann und die Arbeiterschaft nicht entsprechend zu Gehör kommt. Die Regierung und die weiteren Landesbehörden müssen aber in die Lage versetzt werden, neben der Aufhebung der Unternehmer auch die Ansicht der Arbeitnehmer kennen zu lernen und zu berücksichtigen.“ So der Minister der sozialen Reformen, J. Weyer in unserem oldenburgischen Parteiorgan, der „Republik“.

Geplant ist eine einheitliche Kammer mit drei Fachgruppen für Handel und Industrie, für Handwerk und Kleingewerbe und für sonstige Berufe. Die Kammer soll aus 45 Mitgliedern bestehen, und zwar 27 für Handel und Industrie, worunter 9 Angestellte, 6 für Handwerk und Kleingewerbe, wovon 2 Angestellte und 12 für die übrigen Gruppen, wovon 4 Angestellte. Als Aufgabengebiete sind vorgesehen Unterstützung der Regierung und der staatlichen Behörden sowie der Körperschaften des öffentlichen Rechts in der Wahr-

nehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer. Weiter soll die Kammer der Förderung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte dienen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben soll sie über die Erforderlichkeit und die Wirkung von Gesetzen, den Erlassen und Verordnungen und Ortsstatuten vor ihrer Inkraftsetzung bzw. Genehmigung auf Anfordern oder auch unaufgefordert Gutachten erstatten. Sie soll auch ein Organ des Interessenausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bilden und die ihr vom Staat oder von anderer Seite zur Verfügung gestellten Mittel nach Maßgabe der gesetzlichen und von ihr selbst erlassenen Bestimmungen zum Besten der Arbeitnehmer verwenden.

Im wesentlichen kommen als Aufgabengebiete weiter in Betracht Anregungen, Erstattung von Gutachten und Stellungnahme zu dem Erlass von Gesetzen und Verordnungen über Fragen des Schutzes von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterschaft, der Arbeiterversicherung, des Arbeitsrechts, Arbeitsnachweiswesens, Lehrlings- und Fachschulwesens, des Bezugs und der Verteilung von Lebensmitteln und anderen notwendigen Lebensbedürfnissen, der Preisprüfung, des Wohnungswesens, Kleinrentenwesens, öffentlichen Gesundheitswesens, der allgemeinen Wohlfahrtspflege, Jugendpflege, des Arbeitsmarktes der Arbeiterschaft.

Wahlberechtigt ist jeder ohne Unterschied des Geschlechts, wenn er seit mindestens sechs Monaten im Landesteil Oldenburg als Arbeiter oder Angestellter tätig ist. Dem im Landesteil Oldenburg wohnenden, aber außerhalb desselben beschäftigten Arbeitnehmern steht ebenfalls das Wahlrecht zu. Die Arbeitnehmerkammer ist ein Selbstverwaltungsorgan und beschließt selbstständig über den zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlichen Kostenaufwand wie über ihr Kosten- und Rechnungswesen.

Die Mittel zur Erfüllung der der Kammer durch Gesetz überwiesenen Aufgaben sollen, soweit sie nicht durch Zuschüsse des Staates oder durch sonstige Einnahmen zur Verfügung stehen, von den Arbeitnehmern aufgebracht werden. Es soll durch ein Umlageverfahren nach der Verdiensthöhe jeder wahlberechtigte Arbeitnehmer männlichen und weiblichen Geschlechts einen auf volle Mark nach unten abzurundenden Beitrag entrichten, dessen Höhe von der Kammer festgesetzt wird. Die Beiträge sollen von den Arbeitgebern gegen Quittung eingezogen werden. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Erhebung der Beiträge bei den Arbeitgebern zu bewerkstelligen und diese an die Kammer abzuführen. Es ist vorgesehen, daß rückständige Beiträge als öffentliche Lasten wie Gemeindegabgaben beigetrieben werden können. Bei Quarantänebelegung von schätzungsweise 60 000 Arbeitnehmern und eines Bedarfs von 12 Millionen Mark würde ein Durchschnittsbeitrag von rund 200 M. jährlich auf jeden Arbeitnehmer entfallen. Der Beitrag wird aber nach der Verdiensthöhe abgestuft werden.

Man darf sich der Erwartung hingeben, daß der Landtag dem Gesetzentwurf grundsätzlich seine Zustimmung geben wird und daß noch in der ersten Hälfte dieses Jahres die neue gesetzliche Vertretungskörperschaft der oldenburgischen Arbeiterschaft ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

Während also kleinere Staaten mit der Schöpfung von Arbeitervertretungen vorangehen, rührt sich im Reiche nichts, und Preußen will offenbar auf das Vorgehen des Reiches warten. Wir bedauern, daß hier nicht längst etwas geschehen, eine einheitliche reichsrechtliche Vertretung geschaffen worden ist. Eben deshalb begrüßen wir die Selbsthilfe der Einzelstaaten, die hoffentlich die Reichsregierung dazu anspornen, unverzüglich an die Schöpfung der vorgesehenen Arbeitervertretungen heranzugehen.

Die neuen Reichsarbeiterlöhne.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Löhne der Reichsarbeiter haben damit abgeschlossen, daß in der höchsten Ortsklasse der ungelernte Arbeiter für die erste Hälfte Januar eine Stundenlohnsteigerung von 50 M., für die zweite Hälfte von 100 M. gegenüber den Löhnen der zweiten Dezemberhälfte erhalten soll. Die heute zusammentretenden Vorstände der Gewerkschaften werden zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Das Reichslabnnet wird sich unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen mit den Beamten- und Arbeiterorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter mit der Gesamtfrage befassen.

Streik in den Margarine-Niederlagen.

Am Montagabend nahmen die Transportarbeiter der Margarine-Industrie Stellung zu dem von den Arbeitgebern vorgenommenen Lohnabbau. Hilfe vom Deutschen Transportarbeiterverband teilte mit, daß er im Laufe des Tages noch einmal versucht habe, von den Unternehmern eine Erklärung zu erhalten, daß sie bis zur Neuregelung der Januarlöhne den Dezemberlohn weiterzahlen würden. Dies wurde seitens der Unternehmer rundweg abgelehnt. Als Grund für den Lohnabbau wurde u. a. angegeben, daß die Löhne im Buttergroßhandel bedeutend niedriger seien. Die Arbeitgeber in den Margarine-Niederlagen konnten nicht einsehen, warum sie höhere Löhne zahlen sollten. Sie wären wohl wirtschaftlich stark genug dazu, aber „aus Prinzip“ wollten sie nicht mehr zahlen.

Daß man aus Prinzip die Löhne heruntersetzt, um die Arbeiterschaft durch Hunger streik zu machen, ist uns natürlich nichts Neues. Daß aber eine so kapitalstarke Branche wie die Margarine-Industrie als erste die Löhne abbaut, in einem Augenblick, wo die Entwertung der Mark und Preissteigerungen vor sich gehen, wo wir infolge der politischen Vorgänge vielleicht auch vor einer wirtschaftlichen Katastrophe stehen, konnte der Versammlung nicht einleuchten. Sämtliche Disziplinareedekten verlangten den sofortigen Streik, welcher auch einstimmig beschlossen wurde.

Infolge des Streiks sind folgende Betriebe für gewerbliche Arbeitshilfen gesperrt: Schmitz u. Co., A. B., Hergolander Ufer 5 und Revolet Str. 1; Bohnschaffe, Müller u. Co., Neue Friedrichstr. 47; Dr. R. Boerner u. Co., Drahtstr. 47; Köstli u. Witt, Neue Königstr. 11; Jürgens u. Co., Prinzen, Neanderstr. 4; A. R. Mohr, Große Frankfurter Str. 137.

Die Kollegen fürmlicher Butter- und Margarinegroßhandlungen, welche bei obigen Firmen bisher selbst abgeholt haben, werden aufgefordert, keinerlei Arbeiten zu machen, welche sonst von den Streikenden verrichtet wurden.

Streik in der Fouragebranche.

Die Käufer, Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Fouragebranche sind gestern einmütig in den Streik getreten. Veranlassung zu dem Beschluß gab die eigenartige Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes des Großhandels.

Am 21. November 1922 wurde dem Arbeitgeberverband eine Lohnforderung für den Monat Dezember unterbreitet mit dem Bemerkten, baldmöglichst über besagte Angelegenheit in Verhandlung zu treten. Statt nun mit dem Deutschen Verbandsrat über die Dezemberlöhne zu verhandeln, gab der Arbeitgeberverband durch

Rundschreiben seinen Mitgliedern Anweisung, für die erste Hälfte Dezember 40 Proz. und für die zweite Hälfte 60 Proz. auszusparen, so daß ein Lohn pro Woche von 11 760 resp. 13 440 M. gezahlt wird. Durch dieses diktatorische Verhalten des Arbeitgeberverbandes sah sich die Arbeiterschaft veranlaßt, den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anzurufen, damit die Dezemberlöhne endgültig geregelt werden. Am 16. Dezember fanden die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Der Schlichtungsbericht, der dort gefaßt wurde, entsprach nicht der jetzt bestehenden Forderung und lehnten die Arbeitnehmer demzufolge den Schlichtungsbericht ab, was andererseits auch von Seiten des Arbeitgeberverbandes getan wurde. Da die Arbeitgeber trotz dieser Ablehnung den Demobilisationskommissar bezüglich dieser Angelegenheit anriefen, fanden Montag Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar statt. Bei diesen Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber, daß sie wohl bereit wären, eine Zulage zu gewähren, aber nicht in der Höhe wie der Schlichtungsbericht vorsieht. Nachdem diese Erklärung seitens der Arbeitgeber abgegeben, hatten die Arbeitnehmer keine Veranlassung, noch des weiteren über besagte Angelegenheit zu verhandeln, da sie zum mindesten erwarteten, einen Lohn zu erhalten, der für den Monat Dezember dieselben Löhne vorsieht, die im Schwerindustrie-gewerbe gezahlt werden, und zwar für die erste Hälfte Dezember 16 000 M., für die zweite Hälfte 18 000 M. pro Woche. Da die Arbeitgeber vom Arbeitgeberverband zu dieser Stellungnahme veranlaßt wurden, wird es Aufgabe der Arbeitnehmer sein, den Kampf aufzunehmen, damit auch in dieser Gruppe Löhne gezahlt werden, die den heutigen Verhältnissen entsprechen. Wir ersuchen daher alle Kollegen, strengste Solidarität zu üben, damit dieser Kampf auf der ganzen Linie im Sinne der Kollegen erledigt wird.

Deutscher Verkehrsband (Bezirksverwaltung Groß-Berlin.)

Gandelshilfsarbeiter im Einzelhandel!

Der Schlichtungsausschuß hat am Montag über die Forderungen der Handelshilfsarbeiter verhandelt. Bei der Beratung wurde von den Arbeitnehmern ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Löhne der Handelsarbeiter gegenüber anderer Gruppen derart minimal sind, daß ihre Forderungen von rund 21 000 M., welche noch unter dem Existenzminimum sind, über die zweite Hälfte Dezember bleiben, äußerst bescheiden sind. Es ist unverständlich, daß trotzdem ein Spruch gefaßt werden konnte, der für die Jugendlichen einen Anfangslohn für den ganzen Monat Januar von 3375 M. und für die Erwachsenen über 22 Jahre einen Grundlohn von 14 500 M. vorsieht! Für die Verheirateten mit Kindern sollen auf Grund des Schlichtungsberichtes 15 525 M. gezahlt werden!

Die Lohnkommission, die an den Verhandlungen teilgenommen hat, hatte weitgehendste Vollmacht von der Mitgliederversammlung erhalten, konnte sich aber nicht für die Annahme des Schlichtungsberichtes erklären. Es soll zu diesem Zweck die Mitgliederversammlung einberufen werden.

Lohnabkommen der Maßschuhmacher.

Durch Schlichtungsbericht des Schlichtungsausschusses am Montag sind die Löhne sämtlicher Arbeitnehmer der Groß-Berliner Maßschuhbranche um 105 M. pro Stunde erhöht. Der Mindestlohn betrug am 8. Januar für männliche Maßschuharbeiter und als Aufschlag für neue Arbeiten 455 M., für weibliche Maßschuharbeiter 440 M., als Aufschlag für Reparaturen 433 M. Der Schlichtungsbericht ist von beiden Parteien anerkannt.

Parteienossen in der Holzindustrie.

Die früher politisch gut organisierten Holzarbeiter hat der Parteienstreik teilweise der Parteilosigkeit anheimgegeben. Viele Holzarbeiter sind heute politisch „neutral“. Da aber jetzt noch mehr als früher die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von einer politischen Partei vertreten werden müssen, ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaften auf eine große politische Massenpartei stützen können. Zur Teilnahme an der Agitationsarbeit für die Partei rufen die Gewerkschaften alle Parteigenossen der Holzindustrie auf. In einer

Verammlung der Holzarbeiter aller Branchen

(Richtung Amsterdam) am Donnerstag, 11. Januar, 6½ Uhr abends, im Gewerkschaftshaus soll mit einer großartigen Agitation der Anfang gemacht werden. Die Parteimitglieder, Generalversammlungsdelegierten und sonstigen Funktionäre des Verbandes sind ganz besonders eingeladen. Politisch nicht organisierte Holzarbeiter werden durch Vertrauensleute legitimiert.

Bauarbeiter und Bauführer! Die Branchenversammlung hat am Montag das Angebot der Unternehmer abgelehnt. Des weiteren wurde beschlossen, den einzelnen Firmeninhabern die Forderungen mit dem Spitzenlohn von 400 M. zur Unterzeichnung vorzulegen. Circa 30 Einzelverträge wurden der Organisationsleitung schon schriftlich übermittelt. Auskunft in allen Angelegenheiten wird erteilt von der Streikleitung im Gewerkschaftshaus. Am Mittwoch 10 Uhr versammeln sich die Vertrauensleute, um 11 Uhr die Streikenden im Gewerkschaftshaus.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Kundendienst! Am Donnerstag nachm. 5 Uhr findet im Saal von Baum, Stallstraße 44, eine äußerst wichtige Aktionsversammlung statt. Tagesordnung wird in der Konferenz bekanntgegeben. Es ist Pflicht, einen Parteigenossen der KPD, bestimmt und recht pünktlich zu erscheinen. R. Hermann, D. Fiedler.

Rechtsanwaltskanzlei. Versammlung der Funktionäre der Rechtsanwaltskanzlei heute, Mittwoch, 8 Uhr im Reichsbannerhof, Reichsbanner Str. 147. Bericht von dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. — Die Ortsverwaltung.

Sattler-, Tapezierer- und Portierverband. Donnerstag abend 7 Uhr Versammlung der Parteimitglieder bei Witz, Schönhafer Str. 29. Die Parteimitglieder sowie die Kollegen der Parteifunktionäre haben unbedingt zu erscheinen.

Deutscher Metzgerverband. Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Berlin 10 Freitag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Gandelshilfsarbeiter im Einzelhandel. Freitag abend 7½ Uhr Versammlung im großen Saal des Berliner Gewerkschaftshaus. Stellungnahme zum Schlichtungsbericht.

Tagung der Holzarbeitergruppe der Glaser, Berlin. Der Lohn für Glaser beträgt ab 4. Januar 140 M. pro Stunde. Für Schichten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 10 Proz. weniger. Auswärtsarbeiten mit Übernachtungen Zuschlag drei Stundenlöhne. Montag Generalversammlung. — Die Holzgruppenleitung.

Verantwortlich für den red. Teil: Walter Schill, Berlin; für Anzeigen: E. Glöck, Berlin; Berlin: Horwits-Berlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Horwits-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin; Lindenstr. 3. Olympia 1. Berlin.

Hautausschlag, offene Füße (Krampfadern)

auch veraltete Wunden, heilt die milde u. wohltuende San.-Kat. Dr. Strauß Hausfarbe, Cefant.-Apothek., Berlin SW, Leipziger Str. 74 (Dönhöfpl.)

Leciferrin
Nervenstärkend blutbildend

Bei Blutarmut, Bleichsucht, darniederliegender Ernährung, bei körperlicher u. geistiger Niedergeschlagenheit, verordnet die Aerzte Leciferrin, das vertrauenswürdigste Nähr- und Blutaufrichtungsmittel für Erwachsene und Kinder. Leciferrin geht vollständig in den Säftestrom des menschlichen Organismus über, daher die schnelle, sichere Wirkung.

Calenus Chemische Industrie Frankfurt am Main

Schutz für Mutter und Kind.

Aus der Arbeit einer Bezirksfürsorgestelle in Groß-Berlin.

Viele werden zum ersten Male das Wort „Bezirksfürsorgestelle“ vernehmen und verwundert fragen, welche Aufgaben diese Stelle zu erfüllen hat. Und doch müßte jede Mutter, jeder Lehrer, jeder, der mit Kindern zu tun hat, von diesen Stellen wissen, die — über die Stadt verstreut — die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe haben, allen Kindern und Jugendlichen, die in seelischer oder materieller Not sind, mit Rat und Tat zu helfen. Unendlich schwer ist diese Aufgabe; denn die Zahl der gefährdeten Kinder ist erschreckend groß und die Stadt hat nicht die Mittel, sowohl Fürsorgereinen anzustellen, wie es im Interesse der Kinder eigentlich zu wünschen wäre. Ein kurzes Bild aus der Praxis der Sprechstunde wird besser von Art und Dringlichkeit der Arbeit berichten, als lange Erörterungen.

Die uneheliche Mutter.

Als erste erscheint ein blaßes junges Mädchen; sie verlangt in schüchternem Ton Milchkarren. Die werden hier nicht ausgegeben; aber das schone Wesen des Mädchens, das mit Tränen kämpft, veranlaßt die Fürsorgereine, weiter zu fragen, für wen die Milchkarre denn sei. Und da ergibt sich, es handelt sich um das eigene Kind des 16jährigen Mädchens, das vor kaum acht Tagen geboren ist. Jetzt ist die junge Mutter ganz hilflos; ihr Vater, ein ehrbarer Drechsler, will nichts von ihr wissen. Erst, nachdem sie mehrere Nächte mit dem Neugeborenen im Obdach zugebracht, hat der Vater sie eingelassen, droht aber täglich, sie wieder auf die Straße zu setzen aus Jorn über die Schande. Hier ist Hilfe dringend not. Die Fürsorgereine wird zum Vater gehen und mit ihm sprechen, damit er der Verlassenen auch weiterhin Obdach gewährt. Sie wird die Bestellung eines Vormundes beschleunigen, dessen Aufgabe es ist, den Erzeuger des Kindes zur Anerkennung der Vaterchaft und zur regelmäßigen Alimentenzahlung zu veranlassen. Vor allem aber wird die junge Mutter zu einer benachbarten Säuglingsfürsorgestelle geschickt, wo sie Milch erhält und ärztlichen Rat, wie sie ihr Kind pflegen soll.

Im Kampf mit dem Alkohol.

Wiel schwerer noch ist die Aufgabe der Fürsorgereine, wenn sie dort Rat und Hilfe schaffen soll, wo ein Trinker seine Familie mit sich in den Abgrund reißt. Nur wenige erweisen, in wie starkem Maße die Trunksucht wieder zugenommen hat. Sie bildet einen Hauptgrund für die Verelendung des Familienlebens. Es ist nicht zu viel gesagt, daß drei Viertel aller jugendlichen Verbrecher und Prostituierten aus Trinkerfamilien stammen. Wie soll auch anderes und besseres aus Kindern werden, die allwöchentlich Zeuge sein müssen, wie der Vater die Mutter mißhandelt. Auch hier greift die Bezirksfürsorgestelle rüstend und helfend ein, indem sie den Trinker einer Abstinenzorganisation misset, die sich dann seiner annimmt und ihn häufig von seiner Leidenschaft heilt. Freilich gelingt das im allgemeinen nur, wo das Opfer noch nicht zu weit fortgeschritten ist. Sonst bleibt nichts übrig, als dem hoffnungslosen Trinker die gefährdeten Kinder durch Gerichtsbeschluß fortzunehmen. Das Volksübel als solches wird allerdings nicht durch sozialfürsorgliche Hilfe im einzelnen, sondern nur durch ein absolutes Schnapsoerbot zu beseitigen sein.

Das Sorgenkind.

Über die Sorgen der Eltern sind ja nicht nur durch körperliches Elend ihrer Sprößlinge hervorgerufen. Wie oft ist in einer Familie unter mehreren wohlgeordneten Kindern eines, das der Erziehung einen scheinbar unüberwindlichen Widerstand entgegensetzt. Meist gibt es dann qualvolle Zeiten für das Kind und die Eltern. Das ungezogene Kind wird streng behandelt; es sieht sich bald hinter den Geschwistern zurückgesetzt, wird schau, dadurch wächst die Reizbarkeit des Erziehers, der sich dann meist nur mit Schlägen zu helfen weiß und doch oft selbst das Gefühl hat, daß er auf diese Weise nicht viel erreichen wird. Es ist ein alltägliches Trauerspiel, das sich dann abspielt, und das gar zu oft damit endet, daß mit 12—14 Jahren das Kind so verstockt oder gar bösartig ist, daß als letztes Mittel nur übrig bleibt, es einer Fürsorgeanstalt zu übergeben. Nun sind ja diese jetzt schon meist nach neuen Erziehungsgrundsätzen freundlich ausgestattet und keine Zwangsanstalten mehr, wie es fälschlich oft noch angenommen wird. Aber wer möchte die Anstalt nicht doch seinem Kinde ersparen? Und das

wäre so oft möglich, wenn der Erzieher sich rechtzeitig sachverständigen Rat holte, wenn er bei der Erziehung auf Schwierigkeiten stößt. Denn keineswegs ist es der Mutter oder dem Vater von Natur gegeben, hier das Richtige zu treffen, wie man so oft noch glaubt. Wir haben ja gelernt, daß die „Dishheit“ eines Kindes fast stets auf einer unglücklichen Charakteranlage beruht, die klar erkannt sein muß, wenn man sie recht bekämpfen will. Denn das ist durchaus möglich; es gilt, die gesunden Triebe zu stärken, die krankhaften verkümmern zu lassen; gelingt das, so kann aus dem bösartigen Knaben noch ein tüchtiger und rechtsicher Mann werden. Doch wird hier sachverständiger Rat notwendig sein; auch hierfür findet ihn der Erzieher am besten in der Bezirksfürsorgestelle, sei es, daß die Fürsorgereine selbst zu rufen weiß, sei es, daß sie den Kinderarzt noch zur Hilfe heranzieht.

Verpflanzung aufs Land.

Oft, wenn es sich um größere Kinder handelt, die in schlechte Gesellschaft geraten sind, und mit denen die Eltern nicht mehr recht fertig werden können, ist auch schon Gutes dadurch erreicht worden, daß das Kind für 1 bis 2 Jahre zu einem Lehrer oder einem Bauern aufs Land gegeben wurde, wo es leichte Arbeit und gesunde Lebensweise fand. Auch solche Stellen, die stets von einem Vertrauensmann der Stadt Berlin beaufsichtigt werden, kann das Jugendamt nachweisen. Kommt es auch hier und da vor, daß ein junges Großstadtkind dort nicht recht Wurzel schlagen kann, so haben doch viele Kinder, Jungen und Mädchen, die hier unterzugehen drohten, auf dem Lande bei gesunder Arbeit und fröhlicher Kost neue Kraft und festen Halt gewonnen, und oft hat sich daraus ein richtiges Freundschaftsverhältnis von Familie zu Familie entwickelt. — Auch erfreuliche Arbeit gibt es für die Fürsorgereinen, so, wenn sie ein blaßes Kind in ein Ferienheim oder zu einem kinderliebenden Landwirt hinausführen können und es nach einigen Wochen rotbackig und gekräftigt zurückkehrt. Tausende von Kindern werden alljährlich auf städtische Kosten aufs Land geschickt; leider kommt es ja immer noch vor, daß einmal ein Bauer, zu dem ein solches Kind gegeben wurde, es mehr zur Arbeit heranzieht, als für die Erholung des Kindes zuträglich ist. Doch sind dies ereignisshemmende vereinzelte Ausnahmen. Die große Mehrzahl der Kinder kommt rotdäsig und mit erheblicher Gewichtszunahme zurück, und oft genug wird es später, alle Jahre, wieder von denselben Bauersleuten eingeladen.

Jeder muß helfen.

Ein Riesengebiet ist es, von dem wir eben einige Seiten kurz, wie es der geringe Raum erlaubt, haben beleuchten können. Manches liegt noch heute in den Anfängen; möge eines nur vor allem deutlich geworden sein: der Geist lebendiger Hilfsbereitschaft, von dem die ganze Arbeit getragen sein muß und getragen ist. Diese Riesenaufgabe, gleich groß an Umfang wie an inneren Anforderungen, kann jedoch von den Schulern der wenigen Sozialbeamten und Sozialbeamtinnen, die die Stadt anstellen kann, allein nicht getragen werden. Nur wenn freiwillige Kräfte voll Opferbereitschaft und Hingabe in reicher Zahl daran teilnehmen, kann die Arbeit lebendig und fruchtbar werden. Aus allen Kreisen des Volkes müssen diese Jugendhelfer kommen; jeder, der helfen will und zu erster Arbeit bereit ist, ist willkommen. Vor allem aber aus den breiten Schichten der Arbeiter und der Angestellten sollten noch viele ihre Kraft und Liebesfähigkeit einleihen. Sie sollten es als Ehrenlage betrachten, daß „soziale Arbeit“ nicht wieder eine Angelegenheit der Reichen für die Armen wird, sondern daß es wirklich ein gegenseitiges nachbarschaftliches Sich Helfen und Mithelfen wird. Hier hat ein jeder die Möglichkeit, hilfreich mit Hand anzulegen und dadurch mitzubauen an einer neuen Volksgemeinschaft. Nur ein warmes Herz für die Jugend gehört dazu und der Wille zu ernster Arbeit.

Im Rathaus seines Bezirks wird jeder erfahren, wo die Stelle ist, an die er sich wenden kann, wenn er Rat sucht oder wenn er selber mitzuhelfen bereit ist. — Hierzu teilt uns das Bezirksjugendamt Kreuzberg (Süden, Südwesten, Südosten von Berlin) mit, daß dort noch Bedarf an ehrenamtlichen Jugendhelfern und Jugendhelferinnen ist. Anmeldungen werden im Amtsgebäude, Poststr. 11, port., Zimmer 7, täglich zwischen 8 und 4 Uhr, Mittwochs zwischen 4 und 6 Uhr, entgegengenommen.

Ein Brief 50 Mark.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Januar 1923 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende: Für Postkarten im Ortsverkehr 10 M., im Fernverkehr 25 M. Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 20 M., im Fernverkehr bis 20 Gramm 50 M. Für Drucksachen bis 25 Gramm 10 M., über 25 bis 50 Gramm 20 M., über 50 bis 100 Gramm 30 M., über 100 bis 250 Gramm 50 M., über 250 bis 500 Gramm 70 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 90 M. Für Ansichtskarten 10 M.

Für Pakete (neu eingelichtete Vorläufe) bis 3 kg	Kabzone	Fernzone
über 3 bis 5 kg	200 M.	400 M.
5 - 6	300	600
6 - 7	350	700
7 - 8	400	800
8 - 9	450	900
9 - 10	500	1000
10	550	1100
Zeitungs Pakete bis 5 kg	150	300

Für Postanweisungen bis 1000 M. 30 M., über 1000 bis 5000 M. 40 M., über 5000 bis 10 000 M. 60 M., über 10 000 bis 20 000 M. 100 M. (Reisebetrag ist von 20 000 M. auf 50 000 M. erhöht.) Für die Rohrpostkarte 80 M., für den Rohrpostbrief 100 M. Die Einschreibgebühr ist auf 40 M., die Vorzeigengebühr für Nachnahmen und Bestaufträge auf 25 M. festgesetzt. Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 50 M., und außerdem für jedes Wort 40 M., für Distanzgramme: Grundgebühr 40 M., und außerdem für jedes Wort 20 M. Die Auslandsgebühren betragen für Postkarten 60 M., für Briefe bis 20 Gramm 150 M., jede weiteren 20 Gramm (Reisgewicht 2 Kilogramm) 75 M., für Drucksachen für je 50 Gramm 30 M., für Geschäftsbriefe für je 50 Gramm 30 M., mindestens 150 M., für Warenproben für je 50 Gramm 30 M., mindestens 60 M., Einschreibgebühr 40 M.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, erhebt unsere Fraktion bei der bevorstehenden Vorsteherwahl in der Stadtverordnetenversammlung den Anspruch, als stärkste Fraktion den Vorsteher zu stellen. Genosse Dittmann, den die Fraktion neulich als Kandidaten nominiert hatte, hat in der gestrigen Fraktionssitzung unter Berücksichtigung der schweren politischen Lage, die im Reichstag seine ganze Kraft erfordert, auf seine Kandidatur verzichten zu müssen geglaubt. An seiner Stelle schlägt die Fraktion den Genossen Dr. Wehl vor. Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien war bis zur Stunde nicht zu erfahren. Unsere Fraktion sieht auf dem Standpunkt, daß sie sich an einer Bureauwahl nicht beteiligen wird, wenn ihr das Recht auf den Vorsteher aberkannt wird.

Prozeß Bernotat.

Zeitweiliger Ausschluß der Öffentlichkeit.

Einen heiklen Zwischenfall in der ziemlich einseitig hinsichtlich Verhandlung gegen die beiden Einbrecher Bernotat und Kaminist bildet die Vernehmung des Tischlermeisters Wielig, der in sächsischem Dialekt alle Einzelheiten seines Zusammenstehens mit den Einbrechern schilderte, die schließlich darauf hinausliefen, daß er die Einbrecher „hat über den Hof hüchen“ sehen. Den Diebstahl bei der Wäschefirma Bette, Butt u. Bachmann erklärte Bernotat dezent, daß er die fraglichen Kinderanzüge von dem Dekorateur Denes, der bei derselben Firma angestellt war, erhalten habe, nachdem er, Bernotat, seine Stellung bereits aufgegeben hatte. Es kommt sodann der Einbruchsdiebstahl in der Pension Reckenburg in der Passauer Straße zur Sprache, bei dem den Einbrechern Teppiche, Schmuckstücken und wertvolle Pelze in die Hände gefallen sind. Bernotat behauptet, wie bei allen anderen Einbrüchen, daß er diese Sachen von Großmann zur Aufbewahrung erhalten habe, da Großmann zu der Zeit keine feste Wohnung besaß. Als der Angeklagte Kaminist einen Diebstahl auf sich nehmen will, den er gar nicht ausgeführt haben konnte, wiederholte Rechtsanwalt Frey den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit, dem das Gericht nunmehr entsprach. Nach langem Hin und Her stellte jetzt der Sachverständige an Bernotat gewisse Fragen, die er nur mit Ja oder Nein zu beantworten brauchte und aus denen hervorging, daß Bernotat hier homosexuell veranlagt ist. Er hatte mit Großmann ein wildernatürliches Verhältnis und habe unter dem Zwang

(Kochdruck vorbehalten. Der Kallit-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

7] Von John dos Passos.

„Ich möchte mal einen solchen deutschen Offizier gefangen nehmen und zwingen, meine Schuhe zu putzen und ihn dann totschießen“, sagte Christfield zu Andrews, als sie die lange Paradeallee hinuntergingen.
 „Möchtest du wirklich?“
 „Ja, aber noch viel lieber würde ich jemand anderes über den Haufen schleiken.“ fuhr Christfield scharf fort. „Der ist nicht weit von hier. Und ich werde es auch tun, wenn der noch weiter so auf mir rumreißt.“
 „Wer ist denn das?“
 „Der lange Lasse Andersen, der denkt, weil ich kleiner bin als er, kann er mit mir alles machen, was er will.“
 Andrews wandte sich scharf um und sah in seines Gefährten Gesicht. „Irgend etwas in der Rauheit der Stimme beunruhigte ihn. Daran war er nicht gewöhnt; er hatte immer geglaubt, er selbst sei ein sehr leidenschaftlicher Mensch. Doch nie hatte er den Wunsch verspürt, einen anderen Menschen zu töten.“
 „Wißt du ihn wirklich töten?“
 „Seht noch nicht, aber er macht aus mir einen Teufel, wenn er weiter so mit mir umspringt. Gestern zog ich mein Messer gegen ihn. Du warst nicht da. Bemerkest du nicht, wie aufgereggt ich beim Exerzieren war?“
 „Ja, aber wie alt bist du denn, Chris?“
 „Zwanzig. Du bist wohl älter?“
 „Ich bin zweiundzwanzig.“
 Sie lehnten sich gegen die Wand ihrer Baracke und sahen hinaus in die glänzende, sternige Nacht.
 „Hör mal, sind die Sterne dort drüben dieselben wie hier?“
 „Ich denke schon“, sagte Andrews lachend, „obwohl ich mich noch nie davon überzeugt habe.“
 „Ich habe in der Schule nicht viel gelernt“, fuhr Chris fort. „Ich kam mit zwölf Jahren aus der Schule, weil das nicht viel taugte und mein Vater so krank und man mich auf der Farm zur Arbeit brauchte.“
 „Was wird denn bei Euch gebaut?“
 „Meistens Roggen, ein wenig Weizen und Tabak...“

„Aber ich möchte dir gerade sagen, beinahe hätte ich dich mal einen kaltgemacht.“
 „Erzähle mir davon.“
 „Ich war damals gerade besoffen. Wir Jungens aus Tallville waren 'ne schlimme Bande. Arbeiteten immer nur solange, bis wir was Geld in die Finger bekamen. Dann wurde gespielt und Whisky geoffen, vor allen Dingen zur Erntezeit. Ich weiß noch nicht mal warum, aber eines Tages kam ich mit einem in Streit, mit dem ich noch bis eben gut Freund gewesen war. Der holte aus und schlug mir in die Fresse. Weiß nicht, was ich dann tat, aber noch ehe ich es wußte, hatte ich 'n Erntemesser in der Hand und ging damit auf ihn los. So ein Messer in den Bauch — das ist altherbald! Hier hielten mich zurück und nahmen mir das Messer weg. Trotzdem habe ich ihm noch ordentlich die Brust blutig gemacht. War zu der Zeit furchtbar besoffen. Dann fiel ich in einen Graben und pennte da bis morgens und kriegte das ganze Haar voll Schlamm... Ich rühre jetzt kaum noch einen Tropfen an.“
 „So, du willst also schnell nach drüben gehen, Chris, wie ich“, sagte Andrews nach langer Pause.
 „Diesen Lasse Anderson werde ich in die See stoßen, wenn wir auf demselben Schiff überfahren“, sagte Christfield lachend. Nach einer Pause fügte er hinzu: „Es wäre doch entsetzlich gewesen, hätte ich den Kerl damals kalt gemacht.“
 „Das ist 'ne Arbeit, die sich bezahlt macht, Geiger“, sagte irgend jemand.
 „Stimmt nicht“, sagte die melancholische Stimme eines schwächlichen Mannes, der zusammengekauert, das lange Gesicht in die Hände gelegt, dafah, mit den Ellbogen auf den Knien, „Bringt gerade genug zum Leben.“
 Verschiedene Leute hatten sich am Ende der Baracke gruppiert. Die lange Reihe der Schlafstellen, wo hier und da ein Mann schlief, einer sich hastig auszog, wurde von Zeit zu Zeit von schwachen elektrischen Lichtreflexen beleuchtet.
 „Du wirst entlassen, nicht?“ fragte ein Mann mit starkem Daseit und dem roten Gesicht eines jonesischen Gorilla.
 „Ja, Flannagan“, sagte der schwächliche Mann traurig.
 „Geht's dem nicht dreißig?“ fragte eine Stimme aus der Menge.
 „Ja“, antwortete der schwächliche Mann und sah in die Gesichter um ihn herum aus verfunkenen Augen. „Eigentlich“

„sollte ich vierzig Dollar die Woche haben, und hier bekomme ich sieben und bin außerdem in der Armee.“
 „Die Armee, die Armee, die demokratische Armee“, sang jemand.
 „Aber ich will doch nach drüben gehen und mir die Hunnen ansehen“, sagte Flannagan, der es recht geschickt verstand, seinen irischen Dialekt in kindlichem Tone vorzubringen.
 „Nach drüben“, fuhr der schwächliche Mann fort, „wenn ich dorthin hätte gehen können — ich hab' das Zeug für einen guten Spieler in mir.“
 „Worum gehst du nicht?“ fragte Andrews, der am Rande des Kreises mit Fusell und Chris stand.
 „Sieh mich doch an... Tuberkulose...“ sagte der schwächliche Mann.
 „Ich kann nicht schnell genug überkommen“, sagte Flannagan.
 „Muß sehr komisch sein, nicht verstehen zu können, was die Leute sagen.“
 „Man kann ihnen doch Zeichen machen“, sagte Flannagan, „einen Iren kann man überall verstehen. Aber mit den Hunnen braucht man ja nicht zu reden. Dort werde ich ein Geschäft aufmachen. Was meint Ihr dazu?“
 „Alle lachten.“
 „Ich werde in Berlin ein irisches Haus aufmachen; der König von England wird dort selbst hinkommen und den gottverfluchten Kaiser besoffen machen.“
 „Bis dahin wird der Kaiser schon an einem Telegraphenmast baumeln, Flannagan.“
 „Sie sollten ihn zu Tode ausen, wie sie es mit Regern tun, wenn man sie unten im Süden lyncht.“
 Ein Horn ertönte weit draußen auf dem Exerzierplatz. Alle begaben sich schweißtriessend zu ihren Lagerstellen.
 John Andrews wickelte sich sorgfältig in seine Decken ein, in der Hoffnung auf einige ruhige Gedanken vor dem Einschlafen. Er wollte diese Nacht wach liegen und nachdenken, damit er nicht ganz den Faden seines Lebens verlor, das er wieder aufnehmen wollte, an irgendeinem Tag, wenn er hier durchkam. Er schob den Gedanken an den Tod von sich. Der war uninteressant und außerdem gleichgültig. Doch irgendwann einmal würde er wieder Klavier spielen, Musik schreiben wollen. Es wäre schrecklich, in die hilflose Mentalität des Soldaten zu versinken. Man muß seinen Willen stark halten. (Fortsetzung folgt.)

dieser Hürigkeit getan, was Grohmann von ihm verlangt habe. Aus Kaminist's Auslage ergibt sich, daß er von Jugend an stark nervös sei und geschlechtlich anormal veranlagt sei. Der Angeklagte schloß keine Ausführungen mit den Worten: „Ich habe ja versucht, mich aus dem Leben zu schaffen, um dem Bismarck die Möglichkeit zu geben, alles auf mich zu schieben. Es ist mir aber nicht gelungen.“ Nach Wiederherstellung der Deffenlichkeit wurde Kriminalbetriebsassistent Zimmermann vernommen, der den Aufenthalt des Grohmann feststellen sollte. Er befindet sich, daß er Grohmann in der angegebenen Pension am Prager Platz nicht habe ermitteln können. Trotzdem sollen die Ermittlungen fortgesetzt werden, da sich Grohmann nach den Aussagen Kaminist's oft unter falschem Namen in Pensionen aufgehalten habe. Die Verhandlung wurde auf Donnerstag, vormittags 10 Uhr, vertagt.

„Verschiebe-Bahnhöfe“.

Bei den Güterdiebstählen, die die Eisenbahnverwaltung schwer schädigten, spielte früher der Verschiebebahnhof Wustermark eine große Rolle. Ein umfassender Überwachungsdiens, der besonders eingerichtet wurde, kam den Tätern auf die Spur. Eine große Anzahl Personen wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Nachdem so dort aus saubere Treiben stark nachgelassen hatte, entwickelte es sich in den letzten Monaten wieder auf dem Verschiebebahnhof Niederschönweide-Johannisthal. Es verging fast kein Tag, an dem nicht der Eisenbahndirektion eine neue Veruntreuung gemeldet worden wäre. Aus Waggons, die längere oder kürzere Zeit auf dem Bahnhof stehen mußten, verschwanden aus erbrochenen Kisten Waren aller Art, Stoffe, Zigarren usw. Die Überwachungsstelle der Eisenbahn richtete nun auch in Niederschönweide-Johannisthal ebenfalls einen umfassenden Nachdienst ein. Aus Gesprächen erfuhr die Überwachungsbeamten, daß ein großer Teil der Rangierer an dem Treiben beteiligt war. Nach den erforderlichen Beobachtungen und Ermittlungen wurden jetzt 12 Rangierer festgenommen. Sie hatten jedesmal irgendwelche 12 Waggons für sie geeignete, leicht verkäufliche Waren enthielten und waren dann planmäßig vorgegangen. Die Verhafteten, die durch andere Leute erfährt wurden, gestanden die Veruntreuungen. Sie hatten mit ihrer Beute einen schwunghaften Handel betrieben. Weil sie gewerbmäßig gestohlen haben, so wurden alle zwölf in Untersuchungshaft genommen.

Geistesranke Revolverhelden.

Nordfalen, die ungeführt bleiben.

In dem Strafverfahren gegen den Fabrikbesitzer Franz Pautsch in Grünheide, der am 19. Februar vorigen Jahres den Portier seiner Villa nach vorangegangener Streit kurzerhand niedergeschossen, nachdem er in die Wohnung gelaufen war und sich einen Revolver geholt hatte, ist eine Wendung eingetreten und diese Bluttat wird ungeführt bleiben. Pautsch war 6 Wochen lang in Daldorf auf seinen Geisteszustand beobachtet worden. Das Gutachten von Sanitätsrat Reich lautete auf Unzurechnungsfähigkeit nach § 51, jedoch wurde Pautsch für gemeingefährlich erklärt. Trotz dieses Gutachtens hatte die Staatsanwaltschaft der Haftentlassung widersprochen und wollte weitere Gutachten von Medizinalrat Störmer und dem Obermedizinalkollegium einholen. Auf Beschwerde von Rechtsanwalt Dr. Puppe hat nunmehr die 5. Strafkammer des Landgerichts III entgegen der Ansicht des Staatsanwalts den Haftbefehl aufgehoben. Pautsch wird aber nicht wieder auf die Menschheit losgelassen, sondern einer öffentlichen Irrenanstalt zugeführt werden.

Unter der Anklage des Mordes hatte sich der frühere Schupo-Wachmeister Otto Frankenberg vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter Vorbehalt des Landgerichtsdirektors Beitsch zu verantworten. Frankenberg hat schon als Kind eine Gehirnerkrankung erlitten, die zweite im Felde infolge einer Explosion. Als er 1916 vom Militär entlassen war, wurde er Polizeiwachmeister bei der Schupo. Im Sommer 1920 kam er auf Urlaub und wohnte bei seinem Vater in dessen Wohnlaube in Seehof bei Teitow. Als der Vater ihm klagte, daß wenig zu essen da sei, ging er mit seinem Vater und einem jüngeren Bruder auf einen Acker, um Kartoffeln zu stechen. Plötzlich tauchte der Gendarm Behler auf und rief: „Hier Polizei!“ Der Angeklagte antwortete: „Hier auch Polizei!“ Als der Gendarm weiter rief: „Hände hoch!“ entgegnete Frankenberg: „Herr Kollege, lassen Sie mich doch erst herankommen.“ Nach der Behauptung des Angeklagten soll dann Geheul zuerst geschossen habe und er will nur in Notwehr mehrere Schüsse abgegeben haben. Jedenfalls erhielt Behler vier Schüsse, von denen zwei tödlich waren. Man hatte am Tatort den Revolver des erschossenen Wachmeisters gefunden und festgestellt, daß daraus kein Schuß abgegeben worden war. Der Angeklagte war in Buch auf seinen Geisteszustand untersucht und für geisteskrank erklärt worden. Er hat aber dagegen Widerspruch erhoben. In der Verhandlung vertrat die Sachverständigen den Standpunkt, daß der Angeklagte damals zweifellos sich der Tat bewußt gewesen wäre, wenn er auch minderwertig sei. Der Staatsanwalt vertrat die Anklage auf Mord, während die Verteidiger Theodor Liebknecht und Dr. Löwenthal der Meinung waren, daß der Angeklagte aus Putznotwehr gehandelt habe. Wir werden das Urteil mitteilen.

Die Berliner Verkehrs-Tarifgemeinschaft.

In den letzten Tagen sind, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, die Verhandlungen zwischen der Stadt Berlin und dem Reichsverkehrsministerium wegen der Errichtung einer Arbeits- oder Tarifgemeinschaft zwischen der Straßenbahn und der Stadt- und Ringbahn wieder aufgenommen worden. Das Ergebnis ist zunächst negativ: vom Reichsverkehrsminister wurde erklärt, daß Reichszuschüsse für die notleidende Straßenbahn nicht gewährt werden können. Es wird aber geplant, die erheblichen Preisunterschiede zwischen den Fernbahnpreisen und den Vorortbahnpreisen auszugleichen. Gegenwärtig seien die Fahrpreise auf der Fernbahn auf kürzeren Strecken billiger als im Vorortverkehr. Es soll das Gutachten eines bekannten Verkehrsfachmannes in dieser Angelegenheit eingefordert werden.

Die Cholera-Barade als Ruheflut.

Große Erregung herrscht unter den Altrentnern des städtischen Rieselgutes Klein-Beeren. Ein Teil des Gutes ist infolge der Umgestaltung der Rieselfelder in ein Saatgutfeld umgewandelt worden. Pächter ist eine G. m. b. H. und der Direktor dieser Gesellschaft, Wunder, hat den alten hinfälligen 70-80jährigen Rentnern, die in einem kleinen Hause in Klein-Beeren einen Ruheflut erhalten haben, zum 1. Februar die Wohnung gekündigt und ihnen die auf freiem Felde stehende Cholera-Barade angewiesen. Diese Barade ist ohne Dacherschötung und 1 1/2 Stunden von anderen Gebäuden entfernt. Die Rentner beziehen ein „Ruhegehalt“ von 500 bis 800 M. monatlich mit einem kleinen Deputat, so daß sie noch auf Nebenverdienst bei den Bauern angewiesen sind. Dieser Nebenverdienst wird ihnen durch die weite Entfernung der Cholera-Barade vollständig genommen. Der zuständige Kreisarzt Dr. Hindenburg ist gestern beim Brandrat und Mieteingangsamt in Berlin vorstellig geworden und hat die Cholera-Barade als menschenunwürdig bezeichnet. Trotzdem hat Direktor Wunder gestern nachmittag den Altrentnern angeboten, sie am 1. Februar durch die Polizei auf die Straße zu setzen. Diese Zustände werden heute abend in Potsdam in einer öffentlichen Versammlung zur Sprache gebracht.

Abbau der Wohnungswirtschaft.

Die Hausbesitzer gegen Mieter und Gewerkschaften.

In einem „Zum neuen Jahr“ überschriebenen Beitrag des „Grundigentums“, Zeitschrift der Berliner Hausbesitzer, leistet sich Herr Carl Rodendorf, der Bundesvorsitzende des Bundes Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, wieder einmal allerlei Nichtigkeiten. So sagt der Grohmann der Berliner Hausbesitzer in frischer Unbekümmertheit: „Wenn die Katastrophe, d. h. der Verfall der Althäuser und Wohnungen vermieden werden soll, dann muß unverzüglich Schluß mit dem bisherigen von rein gewerkschaftlichem Geist und der Stimmung der Straße beeinflussten System gemacht werden.“ Und weiter: „Die Wohnungsfrage ist nicht eine Gewerkschaftsfrage, sie ist nicht eine Frage der reinen Wohlfahrt, sondern sie ist eine Frage hochwichtiger volkswirtschaftlicher Bedeutung.“ Es wirkt höchst drollig, die volkswirtschaftliche Unbeholfenheit des Bundesvorsitzenden feststellen können. Bekanntlich ist die Wohnungsfrage eine Angelegenheit der Mieter. Herr Rodendorf macht aber daraus eine Angelegenheit der Gewerkschaften. Wenn die Gewerkschaften in größerer Not befindlichen Mietern mit Rat und Hilfe beistehen, so wird ihnen die Mieterschaft dafür um so dankbarer sein, als die Hauswirte des Herrn Rodendorf offenbar nicht die Absicht haben, wie es sich in diesen Zeiten höchster Not von so national denkenden Männern, wie es die Hausbesitzer sein wollen, doch gehörte, gemeinsam mit den Mietern an der Lösung der Wohnungsfrage zu arbeiten. Das nämlich ist das Kennzeichnende dieses Beitrages des Herrn Rodendorf, daß er verächtlich von der „Stimmung der Straße“ spricht und mit keinem Wort seine und seines Bundes Bereitwilligkeit ausdrückt, mit den Mietern, ohne die es doch nun mal nicht geht, an die Lösung der Wohnungsfrage zu gehen. Er redet zwar von Volkswirtschaft, meint aber nur Privatwirtschaft, denn er betont ausdrücklich den Wert des „Individualhausbefehes“, fordert „unverzüglichen Abbau der Zwangswirtschaft“ und behauptet fälschlich: „Nur die Wiedergewinnung der Liebe zum Besitz, seiner Bewirtschaftung und Erhaltung, frei von Zwang und Beengung, bringt uns (d. h. die Haus- und Grundbesitzer) aus Not und Elend heraus.“ Mit anderen Worten: Es lebe der Egoismus! Die Mieter wissen nun, wessen sie sich, wie seit Jahrzehnten in Berlin auch im neuen Jahre, von Seiten der Mehrheit der Hausbesitzer zu verziehen haben. Um so mehr mögen sie und ihre Vertretungen darauf bedacht sein, mit den wirklich verständigen, wirklich volks- und nicht nur privatwirtschaftlich denkenden Hausbesitzern und -wirtsen die bereits an vielen Stellen gesunde Basis gemeinsamer erspürlicher Arbeit zu verbreitern. Dann wird die Stunde nicht mehr fern sein, wo die Zeit über Herrn Rodendorf und seinen Klügel hinweggeht.

Zuschüsse für Erbauer von Kleinhäusern.

Im Lichtenberger Wohnungsamt sind zahlreiche Wohnungssuchende eingetragene, die sich bereit erklärt haben, wirtschaftlich schwachen Besitzern nicht vollendet Kleinbauten die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Fertigstellung des Eigenheims notwendig sind. Sie nutzen damit eine im Wohnungsnotrecht vorgesehene Möglichkeit aus, um schneller, als es die ungünstige Lage des Wohnungsmarktes normalerweise zulassen würde, in den Besitz einer Wohnung zu kommen. Im Hinblick auf die für weniger Bemittelte unerschwinglichen Kosten der Baumaterialien sind solche Angebote zurzeit als fast die einzig praktische Lösung der Kleinhäuser- und Siedlungsfrage anzusehen, als gangbarer Weg, überhaupt neue Wohngelegenheiten für die wirtschaftlich nicht begünstigten Bevölkerungsschichten schaffen zu können. Um das zu fördern, werden Meldungen und Anträge von Erbauern von Kleinhäusern, Wohnhäusern und Siedlerwohnungen, deren Stadtwohnungen in Lichtenberger Bezirk liegen, in der Vermittlungsstelle des Wohnungsamtes Lichtenberg, Möllendorferstr. 5, 3. Aufgang, Zimmer 34, entgegengenommen. Außer Mittwoch und Sonnabend ist die Vermittlungsstelle täglich von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

„Besetzt!“

Wenn die „Grüne Minna“ zu klein ist...

Als am frühen Morgen des Freitag der im Volksmunde „Grüne Minna“ genannte Gefangenentransportwagen auf dem Hofe des Stadtgerichtes anwesend war, der Direktionsstraße diejenigen Gefangenen aufnehmen wollte, die zu den Verhandlungen in dem Moabit Kriminalgericht vorgeführt werden mußten, erlitten plötzlich seitens des begleitenden Beamten die Worte: „Besetzt, es geht keiner mehr rein.“ Ein eigenartiges Zeichen der Zeit und ein Beweis der Unzulänglichkeit der dem Gericht dienenden Transportmittel. Das Wort „Besetzt“ hatte übrigens bald darauf im Gerichtssaal eine eigenartige Wirkung. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich die Hüftedamen Mary Cremario und Effie Bottin und deren Bruder, der Kaufmann Max Bottin wegen Diebstahls bzw. Körperverletzung zu verantworten. Die beiden weiblichen Angeklagten sind in einer Bar in der Jägerstraße am Südfertigtag und hatten hier eines Abends einen aus Oesterreich stammenden Häuserpekulantien kennengelernt, der, wie viele andere, hier hergekommen war, um Grundstücke zu kaufen. Die „Marie“, wie in gewissen Kreisen neuerdings die Briefstöße genannt wird, gespielt mit tschechischen Kronennoten, lud er die beiden Hüftedamen und als dritten den Bruder der Angeklagten Bottin zu einer Sektreise ein. In ziemlich vorgeschrittenem Zustande landeten sie schließlich in einer Kaskammer, in der „überkneipt“ wurde. Hier geriet Bottin mit dem Oesterreicher in einen heftigen Disput, der dazu führte, daß schließlich Bottin und seine weiblichen Begleiterinnen über den Oesterreicher herfielen und ihn fürchterlich verprügelten. Bei dieser Gelegenheit, so behauptet der Oesterreicher, sei ihm eine größere Summe in tschechischen Kronen, sowie ein Brillantiring und seine goldene Uhr abhanden gekommen. In der Verhandlung stellte es sich nun heraus, daß der Angeklagte Bottin infolge der Bezeichnung der „Grünen Minna“ nicht zum Termin vorgeführt werden konnte. Von H. A. Juliusberger 11 wurde beantragt, Bottin aus der Haft zu entlassen, da man ihm wirklich nicht zumuten könne, wegen der völlig unzulänglichen Transportmittel der Justizbehörde unnötig lange in Untersuchungshaft sitzen zu müssen. Das Gericht erkannte dies an und beschloß die Aufhebung des Haftbefehls gegen Bottin. Im übrigen wurde die Sache verlag.

Der falsche Kasse.

Einen nichtalltäglichen Weg nahm ein Brief, der auf Aiga an den Gefangenenauflöser Georg Kayle im Berliner Polizeipräsidium gerichtet war. Der Zufall wollte es, daß, als der Brief in Berlin ankam, gerade ein anderer Georg Kayle, ein Taschendieb aus Aiga, vom Polizeipräsidium nach Moabit gebracht worden war. Statt daß der Brief nun dem richtigen Georg Kayle, dem Gefangenenauflöser, ausgehändigt wurde, wurde er dem Gefangenen des gleichen Namens, nach Moabit nachgeschickt. Dort war aber der Taschendieb unterdessen schon nach der Wohnung seines Schwagers entlassen worden. Jetzt ging der Brief dorthin. Der Schwager fand darin einen Scheck, ließ diesen von seiner Wittin garantieren und auf sein Konto überschreiben und erhob das Geld. Die Kriminalpolizei verfolgte den Weg des Briefes und fand bei dem Schwager auch noch den Umschlag. Der Taschendieb Georg Kayle aber war bereits wieder nach seiner Heimat Aiga abgedampft.

Unschuldig verdächtig.

Unter den Fahrgästen des D-Zuges Berlin-Hannover war eines Tages Ende Oktober vorigen Jahres eine große Aufregung entstanden. Eine Dame beschuldigte die in dem Zuge als Aufwärterin beschäftigte Frau Steinfel des Diebstahls und behauptete, die St. habe ihr einen silbernen Jumper gestohlen. Die Verdächtige wies die Beschuldigung mit Entrüstung zurück und war sofort damit einverstanden, daß sie sich einer körperlichen Visitation durch einen

weibliche Fahrgäste unterziehen sollte, da die angeblich Bestohlene, ein Fräulein Diepenbach, behauptete, Frau Steinfel habe den gestohlenen Jumper um den Leib gewickelt. Die Durchsuchung bestätigte diesen Verdacht nicht und die Folge war, daß die Eisenbahnbehörde für die unschuldig Verdächtige Strafantrag wegen Beleidigung stellte, nachdem Fräulein Diepenbach einen Bergleisch glatt abgeholt hatte. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich die Diepenbach jetzt wegen Beleidigung zu verantworten und wurde, dem Antrage des Anwalts gemäß, zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt.

Die Betriebseröffnung der Nordfahhahn, die ursprünglich für den 14. Januar in Aussicht genommen war, verzögert sich, weil die Bahnhofs-Einrichtungen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden können. Als Eröffnungstag wird jetzt mit dem 27. Januar gerechnet. Im übrigen sind zur Vervollendung des ganzen Bahnbau von der Seebrake bis Reutlingen noch erhebliche Mittel erforderlich, die demnächst bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt werden sollen. Es handelt sich nach dem gegenwärtigen Stand um etwa 2 Milliarden.

Zehnmillionendiebstahl. Vor einigen Tagen wurde einer Dame im Worchauer D-Zug auf der Strecke von Warschau nach Berlin ein Koffer mit Wertgegenständen mit Inhalt im Gesamtwerte von zehn Millionen Mark gestohlen. In dem Koffer befanden sich mehrere Seidenkleider, Wäsche, Toiletteartikel, eine silberne Handtasche, ein goldenes Armband, eine goldene Brosche und ein kostbares Perlenkettchen. Für die Herbeischaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Nachrichten werden erbeten an Kriminalkommissar Dr. Niemann, Polizeipräsidium Berlin.

Die Groß-Razzia, über die wir in der Montag-Abendausgabe berichteten, hat der Kriminalpolizei wieder allerlei Verbrecher in die Hände geliefert, so auch einen gewerkschaftsmäßigen Diebstahl, einen 22 Jahre alten Schlosser Bernhard P. aus der Waugener Straße, der bei der Aushebung des Bahnhofs Zoo ergriffen wurde. Bei ihm fand man einen ganzen Sack voll Färlingen, Beschläge und andere Metallgegenstände, die er in den Häusern des Berliner Westens erbeutet hatte. Der Spezialist war auch mit schweren Schraubenschlüsseln und anderen Werkzeugen gut ausgestattet. Die gestohlenen Sachen sind jetzt bei Kriminalkommissar Engelbrecht im Polizeipräsidium für die noch unbekanntesten Bestohlenen aufgestellt.

Zur Linderung der Not unter den deutschen Kindern hat das Amerikanische Rote Kreuz in Washington der Schwesterorganisation in Berlin, dem Deutschen Roten Kreuz, eine Spende von etwa 200 Millionen Mark zukommen lassen. — Einen erneuten Beweis von der tatkräftigen Fürsorge der Deutsch-Amerikaner für die Jugend in Deutschland brachte eine von dem Präsidenten der St. Louis Boyar Relief Association übermittelte Spende für deutsche Kinder in Höhe von 5000 Dollar (4 Millionen Mark), die als dankbar begrüßte Gabe dem Deutschen Roten Kreuz zugehen. Die Verwendung des Geldes wird in der den Wünschen der Spender entsprechenden Weise durchgeführt.

Wohnungsaustausch für Studierende. Ein eigenartiger Vorschlag, um der Wohnungsnot der Studenten abzuhelfen, geht von dem Akademischen Auskunftsamt, Berlin C. 2, Universität, aus. Das Amt schlägt nämlich vor, daß diejenigen Familien, aus denen ein Sohn zu einer fremden Hochschule geht, sich verpflichten, für die bei ihnen freierwerbende Wohnstätte einen fremden empfohlenen Studierenden aufzunehmen, falls dafür dem Sohn in der fremden Stadt gleichfalls eine Wohngelegenheit geboten wird. Es kommt nur auf die Eltern und die jungen Studierenden selber an, dem Vorschlag, der sehr viel für sich hat, zur Durchführung zu verhelfen. Anfragen beim Auskunftsamt ist Rückporto beizufügen.

Berlin-Wien. Was das Variété diesmal bringt, ist, mit einer Ausnahme, gute Hausmannskost... loszulassen. Die Aufnahme machen die 4 Boris Schleuderbreit-Kabarets, die mit ihren eleganten und fähigen Leistungen erklaffig sind und zudem über einen famosen Groteskhumor als Begleitmann verfügen. Auch das Ullmanns-Kabarett (Holt und Strich) Hermann-Trio wirkt originell und drollig. Die nicht leicht Jambou-Cantatrice „Holsen“ sie mit prächtiger Schwingung herunter. Ein Komiker, den man ernst nehmen muß, ist Walter Beckermann. Seine Art ist ein wenig trocken, aber er wirkt dezent und sympathisch und sollte sich dementsprechend auch die Complots andähen.

„Liebe und Trahnen“ nennen Hans und Agnes Hubmann ihr neues Programm, das sie am Sonntag, den 14. Jan., abends 8 Uhr, im Reichstheater herausbringen; sie werden Gerle von Gerle bis Bierbaum, Morgenstern, Dada-Dichtungen und lustige Lieber zur Leute bieten.

Am Theater des Ostens gab es am Freitag die Uraufführung des Schwanen-Herolds, Verfasser: G. v. d. Velle. Das Stück ist reich an Verwickelungen und erzeugt eine köstliche Stimmung, zu der die Musik nicht wenig beitrug. Margarete Saenger als Süß als eine liebe Braut und Richard Stein als Florian Wendler einen guten und kalten Bräutigam (oder „Ehemann“, wie der Refo aus Villalen (Hans-Pol) kets sagte) ab. Die Führer im lustigen Kreise waren Trude Polzin, Felle von Savon und nicht zu vergessen Wolfgang Müller. Das Stück fand ein dankbares, frohgekanntes Publikum.

Die „Krania“ veranstaltet im Januar/Februar eine Vortragsserie mit Demonstrationen medizinischer, physikalischer, chemischer, biologischer, Dr. Curt Thomaia wird an enggedruckten Beispielen aus medizinischen Filmen über die Untersuchungsgerichte des menschlichen Hirns, über die Technik der wissenschaftlichen Kinematographie sowie über die Bedeutung der hygienischen und sozialmedizinischen Betrachtungsweise für die Volksgesundheit und Volkswirtschaft sprechen.

Zur Erdbebenkatastrophe in Chile.

Nachdem jetzt der Schaden einigermaßen übersehen werden kann, ist folgendes festzustellen: Die Menschenverluste sind geringer, als man ursprünglich annahm, nach amtlichem Bericht betragen sie rund 600; doch dürften sie in Wirklichkeit etwas größer sein. Deutsche Firmen und Privatpersonen haben bei dem Unglück nicht derart gelitten, daß sie unterstützungsbedürftig sind. Auch haben die in der Provinz Coquimbo ansässigen deutschen Firmen keinen besonders großen materiellen Schaden durch Zerstörung zu beklagen. Die Gesamtverluste in der Stadt Coquimbo betragen nach Schätzung rund 8 Millionen Papierpesos, die Gesamtverluste dürften 50 Millionen erreichen. Die deutsche Kolonie Valparaiso hat 32 000 Dollar, Santiago 19 000 Dollar, Temuco 4000 Dollar für die Geschädigten aufgebracht. In einem Brief hat der Intendant von Valparaiso darauf hingewiesen, daß angesichts der Not in Deutschland er die Sammlung der deutschen Kolonie besonders anerkenne.

Der Schloßbruch in Sondershausen.

Wie kürzlich mitgeteilt, war aus dem Schloß Sondershausen auf anfänglich rätselhafte Weise der gesamte Silberbestand, darunter wertvolles Familienüber in damaligen Werte von weit über 15 Millionen Mark gestohlen worden. Die Sondershausener Kriminalpolizei in Verbindung mit der Berliner Kriminalpolizei stellte fest, daß verschiedene Spuren nach Berlin wiesen, so daß der Verdacht wach wurde, daß Berliner Einbrecher ihre Hände dabei im Spiele gehabt hatten. Es ergab sich, daß durch Vermittlung eines Uhrmachers in Nordhausen, der einen großen Posten Silber angekauft hatte, eine Berliner Silbermelze diesen Posten erhalten hatte. Die drei Inhaber der Schmelze wurden verhaftet und nach Sondershausen überführt, wo sie noch in Haft sitzen. Von den Rechtsanwälten Dr. J. Abraham und Dr. Schwindt-Berlin ist mit dem Hinweis, daß bei den großen Berliner Schmelzanstalten täglich große Barren Tafelsilber verkauft würden, und die in Haft befindlichen Inhaber deshalb unmöglich damit hätten rechnen können, daß es sich um gestohlenen Silber handele, einen Antrag auf Haftentlassung der drei Berliner gestellt worden, unter gleichzeitiger Anbieten einer Kaution von je einer Million Mark.

Wetter bis Donnerstag mittag. Glemlich mild, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bedeckt mit wiederholten, im allgemeinen geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden.

Oesterreichische Parteigeschichte.

Der Kampf gegen die internationalen Organisationsversuche, 1870-1878.

Dem ersten Band von Ludwig Brügels „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“ (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI), den wir feinerzeit im „Vorwärts“ angezeigt haben, ist der zweite gefolgt. Er beginnt mit der Krise von 1870, da die Verfassung von 1867 schon wieder bedroht war, Franz Joseph zwischen liberal-zentralistischen und klerikal-föderalistischen Regierungen wackelte und ernstlich daran dachte, als Bundesgenosse Napoleons III. an Preußen Revanche für 1866 zu nehmen. Der Arbeiterschaft gegenüber waren alle diese Regierungen gleich reaktionär und wahlrechtsfeindlich. Auch der gemäßigte Flügel unter der Führung Heinrich Oberwinders mußte das an der Behandlung seines Memorandums durch den Reichsrat erkennen. Das klerikale Ministerium Hohenwart hat allerdings die wegen der großen Demonstration vom 13. Dezember 1869 verurteilten Sozialisten, darunter Oberwinder, aus der Strafhast befreit, aber aus Verrechnung, nicht aus Gerechtigkeit.

Das Jahr 1870 brachte Protestversammlungen der Wiener Arbeiter gegen jegliches kriegerische Abenteuer und später die — von August Bebel telegraphisch begrüßte — Neugründung des Arbeiterbildungsvereins. Dieser eröffnete sofort wieder Besessener, aber erhielt bald seine erste Verwarnung wegen Hochrufen auf Laßalle und die Sozialdemokratie. Es bildeten sich auch Berufsvereine, und der der Manufakturarbeiter bestellte sogar den Leipziger „Volksstaat“, was bei der Regierung natürlich sehr unangenehm vermerkt wurde. Der Juristenpräsident an der k. k. Theresianischen Ritterakademie, Dr. Georg Rattkowsky, wurde wegen seiner Tätigkeit für Arbeiterproduktionsgenossenschaften disziplinarisch entlassen.

Zum Leipziger Hochverratsprozeß gegen Bebel, Liebknecht und Hepner wurde ein höherer österreichischer Polizeibeamter entsendet, um zu sehen, was sich daraus etwa gegen die eigenen Sozialdemokraten machen ließe. Es wurde auch bald eine Denkschrift hergestellt. Sie schließt mit dem Aufruf zum Kampf gegen die Internationale Arbeiterassoziation, der gleich über eine Million Mitglieder angehängt wurden. Man erfährt aus dieser Denkschrift wieder, daß der Eisenacher Gründungskongreß der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Deutschland“ beschloffen hatte, die Kontrollkommission nach Wien zu verlegen und aus Oberwinder, Andreas Scheu und Hartwig zusammensetzen, was aber an den Polizeizuständen scheiterte, so daß sie nach Hamburg verlegt und Seib ihr Vorsitzender wurde. Bei der Verhaftung des Braunschweiger Parteiauswärtigen 1871 wurden seine Papiere in voller Ordnung gefunden, da — wie die Denkschrift sagt — trotz Bebel's wiederholten Mahnungen nichts vernichtet worden war, und man fand auch zahlreiche Briefe aus Oesterreich, darunter besonders von dem Agitator Rasse, der, „obwohl allseitig verlassen, hungernd und ohne Kleidung, auch bedrohlich nach allen Richtungen verfolgt, der übernommenen Rolle unter allen Verhältnissen getreu“ blieb.

Woher all dieses Material kam, zeigt wohl die k. k. Ordensverleihung an den sächsischen Untersuchungsrichter Ahnert und den Staatsanwalt Hoffmann im Leipziger Hochverratsprozeß.

Auf die Begnadigungen von 1870, die auch Johann Rost die Freiheit wiedergaben, folgten zur Zeit der Pariser Kommune wieder schärfere Repressalien, nämlich die Ausweisung der Reichsdeutschen Rost, Rüdiger und Imhof. Johann Rost erzählt in seinen „Mémoires“, New York 1903, daß er dem Polizeikommissär in Wien, der ihm die Ausweisung für immer mitteilte, boshaft lächelnd erwiderte: „Es ist ja noch gar nicht gelagt, daß Oesterreich für immer existiert.“

Nach der Niedermetelung des Pariser Proletariats sollte auch in Oesterreich der Rachefeldzug gegen die Marx-Engelsche Internationale beginnen, den der französische Innenminister Jules Favre mit der Verwechslung der Statuten der Londoner und der Bakuninischen Genfer Internationale eingeleitet hatte. Dieser internationalen Aktion dienten auch die Besprechungen Bismarck's und seines österreichischen Kollegen Grafen Beust in Costein 1871, wobei man in Aussicht nahm, durch Sozialfürsorge dem Umsturz vorzubeugen. 1872 regte Frankreich nach französischem Beispiel Ausnahmegeetze gegen die Internationale an, von der aber in Oesterreich keine Spur zu entdecken war; auch die spanische Regierung empfahl internationale Ausnahmegeetze, zu denen es in Mitteleuropa aber bekanntlich erst viel später kommen sollte. Die französische Regierung forderte damals die grundsätzliche Zusage, alle geflüchteten Teilnehmer der Kommune auszuliefern; so weit ging aber die österreichisch-ungarische Regierung nicht; sie beschränkte sich darauf, hinreichend verdächtige „Verbrecher“ auszuliefern zu wollen. Frankreich schickte ihr eine — in Brügels materialreichem Buch abgedruckte — Liste der geflüchteten Kommuneführer, bei den meisten ist irgendein „gemeiner“ Zug ange-

führt. Den Kommunisten Leo Frankel lieferte Wien an seinen Heimatstaat Ungarn aus, wo er übrigens alsbald freikam — damals! Mehr als die Polizei schädigten dann auf lange hinaus Hof und Zwierrat die Partei: Andreas Scheu und Heinrich Oberwinder hießen die Führer der feindlichen Brüder. Erst viel später enthielte der Züricher „Sozialdemokrat“ Oberwinder als Verräter. Er ist 1914 in Dresden gestorben, wo er sich lange als Evangelisch-Sozialer betätigt hat. Damals hingen ihm die „Gemäßigten“ an, während Scheu die Radikalen um sich sammelte. Von diesen wurden weiterhin ein Teil anarchofisch, das aber führte zur Wiedererstarkung der Sozialdemokratie, für die die Verhältnisse auch sonst reifer geworden waren.

Zur Wiener Weltausstellung von 1873 kam auch eine Pariser Arbeiterabordnung, obgleich die Kammer einen Kostenzuschußantrag des Arbeiterabgeordneten Tolain auch darum abgelehnt hatte, weil man sich erinnerte, daß die Londoner Ausstellung von 1862 zur Gründung der Ersten Internationale Anlaß gegeben hatte. Die Abordnung war in Deutschland brüderlich begrüßt worden und hatte in Augsburg eine gründliche Beratung mit den dortigen Genossen unter der Leitung Tauscher's gehabt. Uebrigens verhaftete man im August 1873 auf Verlangen Frankreichs in Wien mehrere angebliche „Kommunisten“ und trieb sie aus dem Lande — in die Hände der reichsdeutschen Bismarck-Polizei.

Den Bruderkrieg konnten selbst die Vermittlung Wilhelm Liebknechts und ein offizielles Parteischiedsgericht nicht beilegen. Da versuchte Dr. Tauscher die Gründung einer Freiheitspartei von Graz aus; zwar hatte auch er keinen Erfolg, aber die schwere Wirtschaftskrise und die verdächtige Kompromisserei Oberwinders ließen doch nach und nach die Massen zur Partei Scheu übergehen, der auch die Verfolgungen Vertrauen warben. Das Eintreten Bebel's, Liebknechts und Seib's für Oberwinder, natürlich vor seiner Entlassung, konnte das Mißtrauen gegen ihn nicht mehr verschwinden machen.

Andreas Scheu übersiedelte jedoch bald nach London — wo ihn die österreichische Regierung noch eifrig beschimpfen ließ. Hippolit Tauscher, der sich besonders auch als freireligiöser Agitator betätigt hatte, war nach seinen Mißerfolgen, einer 18monatigen Haft und seiner Ausweisung aus Graz gedrohen, zog sich von der Bewegung vollkommen zurück und wurde später Redakteur im k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau, was er bis 1900 blieb. 1905 ist er in Wien gestorben. Richard Bernstein.

Wirtschaft

Folgen der Ruhrbesetzung.

Die Besetzung des Ruhrgebietes läßt für die deutsche Wirtschaft die schwersten Erschütterungen befürchten. Die Pfänderepolitik Poincaré's ist um so widersinniger, als Deutschland in freier Verfügung über seinen Kohlenbergbau oder doch wenigstens über dessen wesentlichsten Teil fraglos alles aufgeben hat, um die Kohlenförderung zu steigern, während alle in dieser Richtung erzielten Erfolge durch den Vormarsch der Franzosen in Frage gestellt werden. Die Steigerung der Kohलगewinnung an der Ruhr wird durch folgende Tabelle veranschaulicht:

Jahr	Kohlenförderung	
	in 1000 t	in Proz. von 1913
1913	114 536	100
1914	98 260	86,7
1915	89 794	78,8
1916	94 163	82,2
1917	99 065	86,5
1918	95 942	83,9
1919	71 240	62,2
1920	88 265	77,1
1921	94 115	82,2
1922	97 350	85,0

In vergangenen Jahren hat Deutschland an der Ruhr also bereits die Kohlenförderung des ersten Kriegsjahres 1913 erreicht und sich damit der Leistung des Vorkriegsjahres 1913 stark genähert. Wenn diese Steigerung der Kohlenförderung über den Tiefstand vom Jahre 1919 bereits um mehr als ein Drittel hinausgeht, dem deutschen Verbraucher und der verarbeitenden Industrie nicht in dem erwünschten Maße spürbar wurde, so lag das daran, daß durch die Abtrennung Oberschlesiens und durch die Anforderungen für Reparationsleistungen die zum Verbrauch verfügbaren Borräte wieder vermindert wurden, so daß Deutschland sogar den Bezug von Auslandskohlen angewiesen war. Die Tatsache, daß es gelungen ist, die Förderung beträchtlich zu steigern, wird jedenfalls damit nicht aus der Welt geschafft.

Die Erhöhung der Ruhrkohlenförderung ist zu einem Teil einer erheblichen Vermehrung der Belegschaft, zum anderen der zeitweiligen Leistung von Ueberflüssigen zu verdanken. Die Belegschaft stieg von 427 000 Arbeitern vor dem Kriege um 130 000 auf 557 000 Mann Ende November 1922. Doch kam nur ein Teil der Belegschaftsvermehrung der Kohlenförderung un-

mittelbar zugute. Die Kokereien und Anlagen zur Gewinnung von Nebenprodukten, wie Teer, Benzol, chemische Produkte, nahmen zahlreiche Kräfte in Anspruch, so daß der Anteil der Hauee an der Gesamtbelegschaft wesentlich zurückgegangen ist. Immerhin muß die Nebenproduktengewinnung gerade vom Standpunkt der privatkapitalistischen Rentabilität, auf die es den besetzenden Mächten zur Erzielung von Reparationseinnahmen ankommt, als ein wesentlicher Bestandteil des Kohlenbergbaues angesehen werden. So ergibt sich, daß der Vermehrung der Belegschaften Grenzen gesetzt sind durch den Wohnungsmangel. Solange Deutschland auf den wirtschaftlichen Ertrag des Ruhrgebietes rechnen konnte, bemühte es sich, durch den Bau von Bergarbeiterwohnungen für die neu zuströmenden Arbeitskräfte Unterkunft zu schaffen, hatte aber dabei die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn die fremden Ingenieure über deutsche Kohle verfügen, eifert für Deutschland der Anreiz zur Ausdehnung der kostspieligen Siedlungen. Befehlungsarmeen verstehen sich zwar darauf, Wohnungen zu verbrauchen, luxuriöse Bauten für Kommandeure und Kasernen für Soldaten zu errichten, an einer planmäßigen Siedlungspolitik haben sie jedoch nicht das geringste Interesse. So droht schon von dieser Seite, wenn man die Produktionsmöglichkeiten der Zukunft im Auge behält, eine Verringerung der Kohlenproduktion.

Noch mehr gilt das aber — und bereits für die nächste Gegenwart — von den Ueberflüssigen, deren sich die Bergarbeiter freiwillig unterzogen haben. Wenn Kohलगewinnung und Kohlenverteilung für den Ententeekapitalismus erfolgen, kann niemals auf eine Bereitschaft der Bergarbeiter für Leistung von Ueberflüssigen gerechnet werden.

So droht eine Schwächung der Kohlenbasis für Deutschland, die um so größer sein wird, als der Einmarsch ins Ruhrgebiet mit der schuldhaften Nachlässigkeit Deutschlands bei den Reparationskohlentieferungen begründet wurde. Man wird rücksichtslos versuchen, das Kohlendiktat durchzuführen, woraus für die übrige deutsche Industrie, für Gas- und Elektrizitätswerte usw. ein Kohlenmangel erwachsen dürfte.

Was nun die übrigen Waren angeht, mit der das rheinisch-westfälische Gebiet den deutschen Markt versorgt, wie Eisen und Stahl, Stahlwaren, chemische Produkte, Textilwaren, so ist auch hier zu befürchten, daß die Entente sie nach Möglichkeit für sich auszunutzen trachten wird. Der Poincaré'sche Moratoriumsplan sah bereits das Requisitionenrecht für solche Waren vor, die unter das Sachlieferungsprogramm fallen. Es ist nun — nachdem Frankreich sich mit seiner Okkupationspolitik in bewußten Gegenlag zu England und Amerika gesetzt hat — zu erwarten, daß man sich verzweifelte Mühe geben wird, um den Beweis für die „Ergebnislosigkeit“ der produktiven Pfänder zu führen. Welche Schikanen dann Industrie und Handel im neu besetzten Gebiet zu gewärtigen haben, kann man sich nach den Erfahrungen mit dem interalliierten Ein- und Ausfuhrant in Ems leicht vorstellen.

Aber ganz abgesehen von diesen Zukunftsaussichten, genügt allein die Tatsache, daß nun wieder ein beträchtlicher Teil deutschen Gebietes mit fremden Truppen belegt wird, die einen beträchtlichen Aufwand an Geld erfordern, um unproduktive Ausgaben in Menge dem geschwächten deutschen Wirtschaftskörper aufzubürden. Gar nicht zu reden von den im Rheinland bereits erfolgten Verschleiss Frankreichs, das neue Gebiet unter den finanziellen Einfluß der Okkupationsmächte durch Gründung neuer Banken zu bringen! Die Besetzung als solche bringt eine neue Belastung für die deutsche Wirtschaft, deren Umfang sich gar nicht übersehen läßt. Daß man sie in Paris so leichtens Herzogin in Kauf nimmt, ist darauf zurückzuführen, daß man sich von der engen Verbindung der rheinisch-westfälischen Kohle mit den gewaltigen Eisenerzvorräten Frankreichs Erträge für den Staatshaushalt und Erfolge für den französischen Imperialismus verspricht, die noch größer sein sollen. In Wirklichkeit verstopft man mit der Gewaltpolitik die einzige Quelle, aus der Reparationsleistungen fließen können, indem man den Produktionswillen des deutschen Volkes erstickt.

Den Schaden trägt in der Hauptsache wieder das deutsche Volk. Der Dollar hat gestern mit einer Notierung von 10 000 alle bisherigen Rekorde geschlagen, die Feuerungswelle erhält einen neuen Antrieb. Der verhungerte Stand der Sozialrentner sowie die Arbeiter und Angestellten bezahlen auch diese Art der Reparationen. Die Lage ist bitter ernst. Es wird aller Anspannung und Selbstbefähigung bedürfen, um nicht durch Akte der Verzweiflung des Elend noch mehr anzuwachsen zu lassen.

Kapitalverdoppelung der Dresdner Bank. Die außerordentliche Generalversammlung der Dresdner Bank beschloß die Verdoppelung des Aktienkapitals, das sich dann auf 1100 Mill. M. stellen wird. Die Aktionäre erhalten ein hohes Bezugsrecht.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österreichische Kronen abgekoppelt 14,06 Geld, 14,14 Brief; 1 ungarische Krone: 3,59 Geld; 3,61 Brief; 1 bulgarische Lewa 81,59 Geld, 81,91 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 100,74 Geld, 101,26 Brief. 100 Polenmark wurden im Freiverkehr mit etwa 50 M. gehandelt.

Gr. Inventur-Ausverkauf

von Herren-Bekleidung u. Pelzwaren vom 10. bis 18. Januar

HERREN-GARDEROBE
 aus erstkl. Stoffen, hellen u. dunkl. Farben . . . 50000, 40000, 35000 **30 000**
 Jackett-Anzüge aus guten, haltbaren Stoffen . . . 40000, 38000, 35000, 30000 **28 000**
 Schlüpfen in prima Ausführung . . . **40 000**
 Regenmäntel . . . 45000, 30000, 25000 **20 000**

PELZWAREN
 Kreuzfuchse, blauegr. Alaskafuchse von 30000 an
 Wölfe . . . von 60000 an
 Chines. Wolfsziege, schöne große Form von 20000 an
 Katzen-Kaninjacken Slinksjacksen Sealmäntel
 55000.— 90000 u. 150000 **400000**

Sportpelze in versch. Pelzfütter, m. Opossum-, Walaby- u. Ringtaikrag. 150000, 120000, 100000 **80 000**
 Gehpelze . . . von **150 000** an

Leihhaus Friedrichstr. 2
 am Belle-Alliance-Platz (Keine Lombardware)

Der neue Gaspreis.

Der neue Gaspreis von 300 Lit. pro Kubikmeter rechnet von der Standardnahme im Januar ab, kommt also erst im Februar zur Berechnung und Einziehung.

Im Monat Januar wird der Dezemberverbrauch mit 90.— Lit. pro Kubikmeter eingezogen. Die Hausfrau sowie alle übrigen Gasverbraucher müssen daher beim Verbrauch gasförmiger und fester Brennstoffe sich folgende Kalkulation vor Augen halten: Es stellen sich die Kosten

- um 1 Liter Wasser zu kochen
- 1. bei elektrischem Strom auf . 19.— M.
- 2. „ Spiritus 17.— „
- 3. „ Petroleum 13,59 „
- 4. „ Braunkohlenbriketts . . 11,20 „
- 5. „ Gas 4,50 „

- Bei Beleuchtung
- für 1 Brennstunde:
 - 1. bei Spiritusglühlicht (60 Kerzen) . auf 36.— M.
 - 2. „ Petroleum (16 Kerzen) 25.— „
 - 3. „ elektrischem Strom (50 Kerzen) . . 8,80 „
 - 4. „ Hängegasglühlicht (50 Kerzen) . . 5,40 „

Dabei benutze nur Gas, das außer seiner Billigkeit auch an Bequemlichkeit, Reinlichkeit und steter Betriebsbereitschaft den meisten anderen Brennstoffen weit überlegen ist. Du mußt damit nicht nur dir, sondern auch dem Kaufmann deines Vaterlandes!

gestiegen I. Preise sind alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind aber immer noch **Ungeheuer billig!**

Kahlbaum
 Liköre & Weine

